

„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Der Landtagswahlkampf ist eröffnet. Mit einer in dieser Engagiertheit nicht erwarteten Rede rechnete Nils Schmid nicht nur mit der amtierenden Regierung ab. Er setzte klare Signale. Wenn die Presse teilweise von einem kommenden Lagerwahlkampf spricht, stimmt dies zumindest in der Hinsicht, dass das Profil der SPD scharf gezeichnet erkennbar wurde. Die Gegensätze zur jetzigen Regierungskoalition sind nun deutlich erkennbar. Herr Mappus kann ruhig so tun als ob ihn die SPD nicht allzu sehr kümmern.

Er wird sich täuschen, die SPD, die nun ihre Kräfte und Anhänger mobilisiert, wird alles daran setzen, nicht nur Schwarz/Gelb abzulösen. Sie wird auch alles dazu tun, diese Ablösung mit einem Ministerpräsidenten Nils Schmid zu krönen.

Längst ist erkennbar geworden, dass eine in fast 58 Jahren selbstgefällig und einfalllos gewordene CDU nicht mehr fähig ist, die Probleme eines so modernen Landes wie Baden-Württemberg zu lösen.

Zu lange hat sich der Filz sich im Ländle ausgebreitet und hat sich wie Mehltau über das Land gelegt.

Die Korrektur des Abenteuers mit dem Deal des Verkaufs von EnBW an EDF und nun wieder zurück zeigt die Unfähigkeit der Regierung Mappus auf. Viel schlimmer/schwerer wiegt dabei die Tatsache des Verfassungsbruchs, den sich Herr Mappus leisten zu können glaubte, indem er das Landesparlament umging.

An uns liegt es nun, unsere moderne Politik glaubhaft den WählerInnen zu vermitteln und zu vertreten. Tatsache ist, dass wir die sozial gerechtere Politik betreiben, dass wir alle Menschen mitnehmen, dass es bei und mit uns keine Diskriminierung weder wegen Herkunft noch wegen Religionszugehörigkeit dulden werden.

Bis zum 27. März haben wir die einmalige Chance, aus dem (leider) früheren Musterländle wieder ein echtes Musterland zu machen.

Wir verstehen nicht nur Bahnhof – zeigen wir es – gehen wir es an mit solidarisch gebündelten Kräften!

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Wahlkampfauftakt mit deutlicher Ansage	2
- SPD-Landesparteitag in Stuttgart	2 - 3
- Die Bürgerversicherung – Beste Versorgung für alle	3- 4
- <u>EU: "Die Zeit ist reif für einen eigenen Europäischen Währungsfonds"</u>	4
- Realschulen werden stark benachteiligt	4- 6
- Schulausschuss befasst sich mit Gutachten zur Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit	7
- Wie wird der Landtag in Baden-Württemberg gewählt?	7- 8
- <u>SPD-Bodenseekreis – Norbert Zeller: Bald CarSharing in Immenstaad?</u>	8- 9
- „Kanzleitrost aus Berlin in Sachen B 31“	9
- Faktor 5 beim Dreikönigstreffen in Langenargen - Sparprogramm schadet	9-11
- Integration durch Beteiligung - Sozialer Aufstieg durch Bildung	12-13
- Endlich mehr Mittel für den Sport	13
- Unser Kandidat für den Wahlkreis 67	13
- Norbert Zeller zum Anfassen	13-14
- Termine im Bodenseekreis	14
- <u>SBI: SP Kanton SG: Nein zur Zweiklassenschule - St.Galler SP mit starker Nationalratsliste - Abstimmungsparolen der SP für den 13. Februar</u>	15-17
- <u>SPÖ Vorarlberg: SPÖ kämpft für gerechtere Einkommen der Frauen</u>	17
- Sind die aktuellen Systeme in der Jugendwohlfahrt krisenfest? - ÖVP- Bildungskonzept zementiert Ungerechtigkeit	17-18
- Korridorvignette ist ein Erfolg!	18
- <u>SPD Kreis BC und Martin Gerster: OV Biberach: Einstimmiger Beschluss</u>	19
- Der OB braucht jetzt Unterstützung	20
- Offener Brief an CDU GR-Fraktion	20-21
- Besuch in der Neurologischen Klinik Dietenbronn - Franz Müntefering kommt zum Neujahrsempfang der SPD nach BC	21-22
- Franz Lemli lädt zur Sicherheitsdebatte	22
- MdB Gerster - Bürger zur Sprechstunde	22
- <u>SPD Kreis Ravensburg: Dr. Nils Schmid kommt nach Ravensburg</u>	23
- <u>BayernSPD - SPD Kreisverband Lindau: Wird Deutschland am Hindukusch verteidigt?</u>	23
- <u>KV Ulm und Hilde Mattheis: Neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff mit solidarischer Finanzierung verbinden</u>	23
- Gezielte Trickerei bei der Berechnung der Hartz-IV- Regelsätze	24
- „Die Aleviten beweisen Willen und Weltoffenheit“	24-27
- <u>Fortsetzung Termine – Leserpost</u>	28
- Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion Freitag, 21. Januar 2011	28-31
- <u>Einladung: Landtagsfraktion in Friedrichshafen</u>	32
- Impressum	33

Landesparteitag in Stuttgart:

Wahlkampfauftakt mit deutlicher Ansage

„Genug ist genug“ – so endete eine Rede, die mit der Feststellung begann, nach knapp 58 Jahren CDU-Herrschaft gebe es die Chance auf einen historischen Wechsel nach 20997 Tage CDU-Regierung,



Foto: Winfried Kropp, Konstanz

SPD-Landesparteitag in Stuttgart

Wer zum Wahlkampfauftakt der Landes-SPD in die Liederhalle in Stuttgart-Mitte reisen will, sollte nicht versehentlich zur Filderhalle in Leinfelden-Echterdingen fahren. Sonst verpasst man womöglich die Begrüßungsrede der stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden und ver.di-Gewerkschafterin Leni Breymeier. Sie heißt eine stattliche Zahl prominenter Gäste (wie Ernst Ulrich von Weizsäcker) und die Repräsentanten etlicher Verbände, von den Gewerkschaften über die Kirchen bis zu den Wohlfahrtsorganisationen willkommen. Beinahe übersieht sie, dass der Parteitag auch noch ordentlich konstituiert werden muss, zum Beispiel mit der Wahl eines handlungsfähigen Präsidiums, dem auch Norbert Zeller angehört.

Nils Schmid, der SPD-Landesvorsitzende und Spitzenkandidat für die baden-württembergische Landtags-Wahl, zieht Hand in Hand mit seiner Gattin in den Liedersaal ein, begeistert begrüßt von den Delegierten aus den Kreisverbänden. Der neue Hoffnungsträger hält eine mitreißende Rede, die ihm viel besser gelingt als noch beim letzten Landesparteitag im Oktober in Ulm. Nils Schmid erinnert daran, wie am 27. September 1998 nach 5696 Tag-

en (16 Jahre mal 365) der CDU-Kanzler Helmut Kohl abgelöst werden kann und Gerhard Schröder ins Kanzleramt einzieht. Zum Greifen nah ist aktuell die Chance, nach 20 997 Tagen CDU-geführter Landesregierungen in Baden-Württemberg, von 1953 bis 2011) jetzt endlich einen Machtwechsel herbeizuführen.

Kurt Beck, SPD-Ministerpräsident aus dem benachbarten Rheinland-Pfalz, sieht seinerseits gebannt auf den Wahltag am 27. März 2011. Er verspricht, mit Nils Schmid noch am Wahlabend zu telefonieren, um sich gegenseitig zum Wahlsieg zu gratulieren. Beim ersten persönlichen Aufeinandertreffen im April will Beck dann Nils Schmid als Ministerpräsidenten-Kollegen begrüßen, sagt er in seiner Rede vor dem Stuttgarter SPD-Landesparteitag. Die Wahl des Ministerpräsidenten ist freilich erst nach der konstituierenden Sitzung des neugewählten Landtages im Juni terminiert.

Seinem Kontrahenten Stefan Mappus hält Nils Schmid Verfassungsbruch vor (beim Rückkauf den EnBW-Anteile), Vetterleswirtschaft, Politik nur für die großen Konzerne, Bürgerferne, Zick-Zack-Kurse en masse statt einer klaren politischen Linie. Umgekehrt verspricht der SPD-Landesvorsitzende als neuer Ministerpräsident einen klaren politischen Kurs zur besseren Chancengleichheit von Migranten im Ländle, eine bessere Sprachbildung in den Kindergärten, die Abschaffung der Studiengebühren und den Umbau des dreigliederten Schulwesens zu einer zehnstufigen Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg. Für ihn ist auch klar, sagt er an die Adresse des möglichen Koalitionspartners, den Grünen: Die Sozialdemokraten sind die Infrastrukturpartei, das heißt die politische Kraft, die für den notwendigen Ausbau der Straßen- und der Schienenwege, des Stromnetzes für die erneuerbaren Energieträger und anderer Einrichtungen sorgen will. Die SPD will zudem den Landesbeamten keine Mehrarbeit über den jetzigen Rahmen der Arbeitszeit hinaus zumuten. Und: Mehr Demokratie im Lande nicht nur wagen, sondern auch machen mit mehr Chancen für erfolgreiche Volksbegehren und Volksabstimmungen als bislang.

Nils Schmid verrät auch, wie er seine Stimme in dem kommenden Wahlkampfmarathon fit halten kann: mit dem Rezept der türkischen Familie seiner Frau Tülay. Sie klatscht nach der Rede von Nils ebenfalls begeistert Beifall wie die beiden Abgesandten der evangelischen und der katholischen Kirche.

Kurt Beck kommt noch vor dem Mittagessen zu seinem Auftritt. Er würdigt die Verdienste sozialdemokratischer Politiker/innen am derzeitigen Wirtschaftsaufschwung in Deutschland und beschwört besonders die Generationensolidarität, der er in seiner Familie erlebt hat (eine Kuh säugt niemals an ihrem Kälbchen, hat die Großmutter ihrem

Enkel Kurt einst mit auf den Weg gegeben). Zu viele Intellektuelle malen die Gefahr an die Wand, so Beck, dass die Rentnergeneration eines Tages die Minderheit der Jungen materiell aussaugen könnte. Giftige Pfeile schleudert der frühere SPD-Vorsitzende in Richtung Schwarz-Gelb in Berlin, die mehr miteinander streiten wie die Kesselflicker anstatt gescheit zu regieren.



Foto: Winfried Kropp, Konstanz

Am Nachmittag gehen die 320 Delegierten endlich an ihre Arbeit. Sie beschließen das neue SPD-Regierungsprogramm, das auch im Internet unter www.spd-bw.de heruntergeladen werden kann. Den Jusos gelingt wie in Ulm ein überraschender Coup gegen den Willen des Landesvorstandes. Sie schaffen eine knappe Mehrheit für einen Antrag, der schon im Kommunalwahlkampf der Häfler SPD 1994 eine wichtige Rolle gespielt hat und in Heilbronn seit einigen Jahren bereits praktiziert wird: der gebührenfreie Besuch der Kindergärten, also dass die Eltern für die Betreuung ihres Kindes im Kindergarten keine monatliche Gebühr mehr bezahlen müssen. Es ist schon interessant, dass einige der Nehmerländer in Deutschland (Saarland, Rheinland-Pfalz, Bremen und Berlin) den kostenfreien Pflichtbesuch des Kindergartens bei sich eingeführt haben, zumindest im 3. Kindergartenjahr) und das mitbezahlt von den so genannten Geberländern im deutschen Länder-Finanzausgleich, also auch von Baden-Württemberg). Ein weiterer Antrag fand ebenfalls eine Mehrheit, nämlich dass es Mitgliederbefragungen in der Landes-Partei geben soll während der Koalitionsverhandlungen in Stuttgart.

W. Bernhard

Das SPD-Konzept:

Die Bürgerversicherung – Beste Versorgung für alle

Die SPD will die Bürgerversicherung: Alle sollen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung unseres Gesundheitswesens beitragen. Jeder zahlt Beiträge nach Höhe seines Gesamteinkommens, Wohlhabende können sich nicht mehr aus der Solidarität verabschieden. Somit können die Ein-

nahmen der Krankenversicherung mit den Ausgaben Schritt halten.

- Denn es gilt: Die Beiträge steigen auch deshalb, weil immer weniger Menschen mit stagnierenden Einkommen für steigende Kosten aufkommen müssen. Wenn die hohen Einkommen über der Versicherungspflichtgrenze von 49.950 Euro in die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung einbezogen würden, würden die normalen Kostensteigerungen gerechter auf alle verteilt. Mit der Bürgerversicherung verhindern wir eine Dreiklassen-Medizin und garantieren, dass auch in Zukunft alle am medizinischen Fortschritt teilhaben.
- Die SPD lehnt die Kopfpauschale als ungerecht ab. Die Privilegien der Privat-Versicherten gehören endlich abgeschafft.
- Wir wollen das Gesundheitssystem wieder voll paritätisch finanzieren: Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen zu gleichen Teilen für die Gesundheit bezahlen. Damit haben auch wieder alle ein volkswirtschaftliches Interesse an angemessenen Kosten im Gesundheitssystem.
- Die SPD will die Zusatzbeiträge abschaffen und den Kassen damit wieder die volle Autonomie über die Beiträge geben.
- Wir wollen eine echte Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln, damit auch nur die Therapien bezahlt werden, die wirklich wirken.
- Im Wartezimmer muss die Bevorzugung von Privatversicherten aufhören. Deshalb fordern wir eine Gleichbehandlung von allen Patienten. Wir wollen auch in ländlichen Gebieten eine gute Versorgung durch neue Organisationsformen ermöglichen.
- Wir wollen ein modernes Patientenrechtegesetz, damit klar wird, wer im Gesundheitssystem im Mittelpunkt steht: die Patientinnen und Patienten. Sie sollen sich besser gegen unseriöse Behandlungsangebote und private Abzocke wehren können. Alles medizinisch Notwendige wird von der gesetzlichen Kasse bezahlt.
- Wir wollen, dass alle, die im Gesundheitssystem arbeiten, gut für ihre gute Arbeit bezahlt werden – das gilt auch insbesondere für das Pflegepersonal. Wir wenden uns gegen überhöhte Honorare zu Lasten der zahlenden Versicherten.

13.01.2011

SPD.de



Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Peter SIMON:

"Die Zeit ist reif für einen eigenen europäischen Währungsfonds"

Bundesregierung erneut ohne klare europapolitische Orientierung

Mit Blick auf die aktuelle Diskussion über den europäischen Rettungsschirm für Schuldenstaaten fordert der baden-württembergische SPDEuropaabgeordnete **Peter SIMON** den Aufbau eines Europäischen Währungsfonds. "Ein eigener Währungsfonds würde Europa dauerhaft in die Lage versetzen, Krisen an den Finanzmärkten mit dem nötigen Know-how und den nötigen Mitteln zu begegnen", so das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses. Ausgangspunkt sollte die in Luxemburg angesiedelte Zweckgesellschaft sein, die bereits heute im Rahmen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) Kredite für Schuldenstaaten aufnimmt.

Scharfe Kritik übt **Peter SIMON** in diesem Zusammenhang an der zögerlichen Haltung Deutschlands. "Die Bundesregierung ist unfähig mit einer klaren europatauglichen Position in Brüssel zu verhandeln. Damit hält Deutschland wieder einmal den europäischen Zug auf und spielt den Spekulanten in die Hände."

Kurzfristig sollte die EFSF nach Ansicht des Sozialdemokraten in die Lage versetzt werden, Anleihen von Schuldenstaaten aufzukaufen. Darüber hinaus müssten die Zinsen für Notkredite rasch gesenkt werden: "Wir sollten Gelder als Sanierungshilfe zu realistischen Zinsen ausleihen, aber nicht um ein Geschäft mit den angeschlagenen Ländern zu machen", mahnt **Peter SIMON** abschließend.

Straßburg, 18.01.2011

Für weitere Informationen:

Büro Peter Simon,

Tel. 0032 2 2849558

Landespolitik

SPD:

Realschulen werden stark benachteiligt

Fraktionschef Claus Schmiedel:

„Die SPD wird die große Benachteiligung der Realschüler, die von Schwarz-Gelb betrieben wurde, beenden“

Bildungsexperte Zeller:

„Die Realschüler müssen es büßen, dass Gymnasiasten beim G 8 so viele Probleme haben die“

GEB-Vertreterin Sabine Leber-Hoischen: „Wir Eltern wollen, dass der Übergang von der Realschule an das berufliche Gymnasium garantiert wird“

Die SPD-Fraktion hält es nicht mehr für hinnehmbar, dass die Realschüler im Land weiterhin so benachteiligt werden wie bisher. Die Landesregierung habe mit relativ wenig Erfolg versucht, die Situation an Hauptschulen und Gymnasien zu verbessern. Leidtragende seien die Realschulen, die vor allem die Probleme des achtjährigen Gymnasiums zu spüren bekämen. „Die Landesregierung betreibt eine so schludrige Bildungspolitik, dass die eine Schulart die Probleme der anderen auszubaden hat“, erklärt Fraktionschef Claus Schmiedel. Die SPD wolle als künftige Regierungspartei dafür sorgen, dass auch die Realschüler endlich zu ihrem Recht kämen. So sei es nicht akzeptabel, dass sie mit einer deutlich schlechteren Lehrerversorgung zurechtkommen müssten als Haupt- und Werkrealschüler sowie Gymnasiasten. Dass CDU und FDP zudem noch dazu bereit seien, die Hausaufgabenbetreuung von Hauptschülern und Gymnasiasten zu finanzieren, Realschüler aber außen vor zu lassen, mache ihren geringeren Stellenwert bei der Landesregierung deutlich. Es überrasche da nicht mehr, dass der Unterrichtsausfall bei den Realschulen höher sei als bei anderen Schularten und sogar noch ansteige. „Die SPD wird die große Benachteiligung der Realschüler, die von Schwarz-Gelb betrieben wurde, beenden“, betont Schmiedel.

Die Sozialdemokraten unterstützen deshalb die Realschul-Eltern, die gegen diese Situation aufbegehren. So haben sich die Gesamtelternbeiräte (GEB) von Mannheim, Heidelberg und Stuttgart in offenen Briefen an ihre Gemeinderäte sowie an die Kultusministerin gewandt. „Wir Eltern wollen, dass die Rahmenbedingungen an den Realschulen besser werden“, sagt Sabine Leber-Hoischen, Vorsitzende des Arbeitskreises Realschulen innerhalb des GEB Mannheim. Und: „Die Landesregierung muss sich endlich auch für eine Qualitätssicherung an den Realschulen einsetzen.“

Realschulen platzen aus allen Nähten und werden benachteiligt

Die Hauptprobleme der Schulart lassen sich vor allem an den großen Klassen und an der Lehrerversorgung festmachen. Angesichts eines stabilen Anteils von rund einem Drittel der Schüler beim Übergang von der Grundschule sei in naher Zukunft mit keinem großen Rückgang bei der Zahl der Realschüler zu rechnen – zumal der Anteil der Jungen und Mädchen, die trotz Gymnasialempfehlung eine

Realschule besuchen, ansteige. Erschwerend komme hinzu, dass die Realschulen einen großen Anteil an Schülern aufnehmen müssten, die das G 8 nicht bewältigen könnten. In Mannheim zeige sich diese Entwicklung beispielhaft. An den dortigen Gymnasien ist die Zahl der Schüler desselben Jahrgangs vom fünften bis zum zehnten Schuljahr um 9 Prozent gesunken. Demgegenüber stieg die Zahl der Jungen und Mädchen eines Jahrganges an den Realschulen zwischen dem fünften und neunten Schuljahr um 28 Prozent an. „Die Realschüler müssen es büßen, dass die Gymnasiasten beim G 8 so viele Probleme haben“, sagt Norbert Zeller, Vorsitzender des Schulausschusses des Landtags. Zudem gebe es einen kräftigen Wechsel von Klasse sechs der Hauptschule auf die Realschule. Dadurch gebe es ein doppeltes Ergebnis dieser Entwicklungen: Die Zahl der Schüler steigt und die großen Klassen bleiben bestehen: „Die Realschulen platzen aus allen Nähten“, sagt Sabine Leber-Hoischen.

Frappierend sei, dass die Realschule trotz dieser Belastung keinerlei Ausgleich erhalte, im Gegenteil. Das zeige nicht nur die erneute Zunahme ausgefallener Stunden. Sie beträgt im laufenden Schuljahr umgerechnet 1000 Schulstunden pro Realschule, während es im Jahr zuvor noch rund 800 Stunden waren. Hinzu komme, dass die Realschulen auch noch am schlechtesten mit Lehrern ausgestattet sind. Sie erhalten 1,32 Lehrerwochenstunden pro Schüler, die Gymnasien 1,49 und die Hauptschulen sogar 2,05. Das führt letztlich dazu, dass an den Realschulen erheblich weniger Unterricht erteilt wird. Zwischen den Klassen fünf bis zehn umfasst die Kontingentstundentafel an den Realschulen 179 Stunden, an der Werkrealschule aber 201 und an den Gymnasien sogar 204 Stunden. Die Kontingentstundentafel gibt jeweils die Gesamtstundenzahlen für den Zeitraum von sechs Schuljahren vor. Das bedeutet vor allem, dass die Realschulen fast ohne ergänzenden Unterricht auskommen müssten, also etwa mit wesentlich weniger Arbeitsgemeinschaften in Sport, Musik und Kunst. „Diese Situation an den Realschulen, die von den Eltern seit längerem kritisiert wird, ist nicht mehr hinnehmbar“, erklärt Fraktionschef Schmiedel. Die SPD unterstützt deshalb auch die Forderungen der drei GEBs, den Realschulen ebenso mehr Klassenlehrerstunden zuzuweisen wie auch ein festes Kontingent für themenorientierte Projekte.

Auch inhaltlich müssten die Realschulen mit großen Problemen fertig werden, die von der Landesregierung erzeugt worden seien. Viele Pädagogen fühlten sich etwa bei den neuen Fächerverbänden allein gelassen. Beispiel Naturwissenschaftliches Arbeiten, NWA. Das müsse an den Schulen unterrichtet werden, obwohl es keine spezielle Ausbildung der Lehrer und noch nicht einmal eine gute Einführung dafür gebe. Selbst die bisherige Fortbildung dafür wird von den Betroffenen als „kümmerlich“ bezeichnet. Die Folge: Beim Unterricht

bestehe die Gefahr, dass ein Pädagoge sein Spezialfach Physik, Chemie und Biologie besonders überbewertet. Teilweise würde NWA auch von mehreren Pädagogen unterrichtet, womit der Sinn eines Verbundes kaum zu erfüllen sei. Die SPD kritisiert auch den Fächerverbund EWG (Erdkunde-Wirtschaftskunde-Gemeinschaftskunde). Gerade Gemeinschaftskunde müsse als Fach mit Verfassungsrang eigenständig geführt werden, um unsere Demokratie den Schülern erfahrbarer und verständlicher zu machen.

Individuelle Förderung an Realschulen besonders wichtig

Bei der Art des Lernens erwartet die SPD ebenfalls deutliche Veränderungen und vor allem die breite Einführung der individuellen Förderung. Zeller hält dies schon deshalb für wichtig, da die Realschule überaus heterogene Schülergruppen umfasse. Dies zeige schon der angesprochene starke Übergang von Hauptschülern und Gymnasiasten. Zudem verfügten bis zu 30 Prozent der Realschüler über eine Gymnasialempfehlung ihrer Grundschulen. „Individualisierte Lernformen sind an der Realschule besonders wichtig, um auf die Bedürfnisse jedes einzelnen Schülers eingehen zu können“, sagt Zeller. Dadurch sei es nicht nur möglich, die unterschiedlichen Begabungen aller Jungen und Mädchen zu fördern. Es werde auch verhindert, sie bei Problemen in Einzelfächern sitzenbleiben zu lassen oder in andere Schularten abzuschieben.

Diese Lernform hält Zeller am besten an echten Ganztagschulen für umsetzbar. Dafür müsse aber die baden-württembergische Form einer „Ganztagschule light“ mit geringem pädagogischem Ansatz in Stufen zu einer wirklichen Ganztageeinrichtung umgebaut werden. Voraussetzung dafür sei, ausreichend Lehrerstunden zur Verfügung zu stellen. „Das Selbstlob der Landesregierung bei den Ganztagschulen ist angesichts der Realität in diesen Einrichtungen und der notwendigen Weiterentwicklung nur noch peinlich“, erklärt Zeller. Bisher würde Realschulen allerdings die Umformung zur Ganztagschule erschwert, da angesichts der großen Schülerzahl häufig schlicht der Platz dafür fehle – etwa für Sporteinrichtungen, neue Arbeitskreise oder sogar Elterngespräche. Die SPD befürwortet auch deshalb, dass Hauptschulen einen echten Realschulabschluss anbieten könnten. Damit könnten Realschulen entlastet werden, ohne die Kommunen zu stark finanziell zu fordern.

Darüber hinaus will die SPD den Realschulen künftig die Möglichkeit geben, ein Gymnasialangebot in integrierter Form und zusätzlich eine Sekundarstufe II anzubieten. Damit wären auch unterschiedliche Abschlüsse möglich. Somit hätten Realschulen künftig eine Perspektive hin zu einer integrierten Schule, die alle Schüler umfasst. Die SPD nimmt die bestehenden Verbundschulen im Land als Bei-

spiel. Dabei gebe es in 41 Fällen eine einzige Schulleitung für Grundschule, Hauptschule und Realschule zusammen, in einem Fall auch mit einem Gymnasium. Zudem können die Lehrer von einer weiterführenden Schulart zur nächsten wechseln. Selbst die Landesregierung sieht hier teilweise eine „ganz enge Verzahnung“. „Dass die Landesregierung sich dennoch dagegen sperrt, wenigstens den Realschulabschluss an Hauptschulen anzubieten, ist nur noch aus ideologischen Gründen erklärbar“, sagt Schmiedel.

Dass eine integrierte Schule mit allen Abschlüssen den Bedürfnissen der Jungen und Mädchen besser entsprechen würde, zeigt für die SPD auch der angesprochene starke Wechsel an die Realschule. „Die frühe Aufteilung der Schüler nach der vierten Klasse auf die weiterführenden Schulen macht keinen Sinn“, betont Zeller. Schließlich sei auch ein möglicher Wechsel von den Realschulen an Gymnasien während der Schulzeit heute kaum mehr denkbar, vor allem wegen der zweiten Fremdsprache spätestens ab Klasse sechs an den Gymnasien und wegen der neuen Fächerverbünde an beiden Schularten. Damit sei die von der Landesregierung behauptete Durchlässigkeit zwischen den Schularten lediglich Theorie.

Wechsel an berufliches Gymnasium muss möglich sein

Um nach der Mittleren Reife einen sicheren Weg zum Abitur zu gewährleisten, fordern SPD wie Gesamtelternbeiräte, den Wechsel an ein berufliches Gymnasium grundsätzlich zu ermöglichen. Der bisher offiziell festgelegte Notendurchschnitt von 3,0 für einen Übergang in Klasse 11 werde von vielen Einrichtungen nicht eingehalten. Manchmal werde sogar ein Schnitt von besser als 2,5 verlangt. Deshalb hätten viele Realschüler keine Chance, das Abitur an einem beruflichen Gymnasium absolvieren zu können – selbst wenn sie die Voraussetzungen dafür erfüllten. Dass die Landesregierung nach langem Gegenhalten jetzt wenigstens zusätzliche Klassen an den beruflichen Gymnasien einrichten wolle, sei zwar löblich, reiche aber nicht aus. „Die Kultusministerin hat hier zwar ihre begrenzte Lernfähigkeit bewiesen, aber der Fortschritt bei ihr ist wie immer eine Schnecke“, sagt Zeller.

Die Elternvertreter wollen deshalb, dass Realschüler mit dem entsprechenden Notendurchschnitt künftig problemlos wechseln können, wenn sie wollen: „Wir Eltern wollen, dass der Übergang von der Realschule an das berufliche Gymnasium garantiert wird“, sagt GEB-Vertreterin Sabine Leber-Hoischen. Die Sozialdemokraten wollen den Realschülern dafür einen Rechtsanspruch einräumen: „Die SPD wird dafür sorgen, dass Realschüler auf jeden Fall ein Abitur ablegen können, wenn sie die Voraussetzungen dafür erfüllen“, betont Schmiedel.

Stuttgart, 7. Januar 2011

Dr. Roland Peter, Pressesprecher

Schulausschuss befasst sich mit Gutachten zur Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit

Aus presserechtlichen Gründen kann der nachfolgende Artikel nur über den folgenden Link zum persönlichen Gebrauch verwendet werden.

Die Redaktion

http://www.landtag-bw.de/aktuelles/pressemitteilungen/ausgabe_pressemitteilungen.asp?PM=N0001_2011&referer=&submit=Anzeigen

Wie wird der Landtag in Baden-Württemberg gewählt?

Mit großer Spannung – auf Grund der aktuellen Umfragen der Demoskopien- blicken Wähler/innen und die politischen Parteien dem Wahltag am 27. März 2011 entgegen. An diesem Tag werden die Landtage in Rheinland-Pfalz und im benachbarten Baden-Württemberg gewählt. Wie bei der Wahl zum Europaparlament hat die Wählerin, der Wähler, in der Wahlkabine in Baden-Württemberg eine einzige Stimme, mit der sie/er die Bewerber/in aus dem Wahlkreis und zugleich seine Partei wählen kann. Ein Unikum in ganz Deutschland! Die Rheinland-Pfälzerinnen haben bei ihrer Landtagswahl 2 Stimmen(wie bei der Bundestagswahl), die Erststimme für die Wahlkreiskandidatin, die Zweitstimme für eine Landesliste mit den Kandidaten einer Partei im Land.

Baden-Württemberg ist in 70 Wahlkreise eingeteilt bei der Landtagswahl. Würde schon von der Wahl der Wahlkreiskandidat/innen das fertige Wahlergebnis abhängen (wie bei der Unterhauswahl in Großbritannien), hätte die CDU seit 58 Jahren eine fast totalitäre Mehrheit im Landtag inne.

Bei der Wahl am 26.März 2006 gewann die CDU fast alle Direktmandate, bis auf Mannheim I (Dr. Frank Mentrup/SPD). Bei der Landtagswahl im Jahr 2001 konnten die SPD-Bewerber/innen Immerhin noch 7 Wahlkreise der CDU abtrotzen. Bei den früheren Landtagswahlen gewann die CDU fast immer deutlich über 60 von den insgesamt 70 Wahlkreisen. Bei der kommenden Wahl 2011 ist es denkbar, dass außer der SPD auch Kandidatinnen von den Grünen das Direktmandat in ihrem Wahlkreis holen (wie in Stuttgart oder in Freiburg).

Warum ist dennoch der Landtag im Glaskasten in Stuttgart nicht ganz so schwarz gefärbt? Nach der Verteilung der 70 Direktmandate werden jetzt noch 50 weitere Sitze an die Parteien vergeben, sofern sie die 5-Prozent-Hürde im Wahlergebnis überwunden haben. Nach dem d`Hondt`schen Verfahren

werden in jedem **Regierungsbezirk** (also Tübingen, Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart) noch 12 bis 13 weitere Sitze an die jeweiligen Parteien in den Regierungsbezirken vergeben (sind zusammen 50 Sitze). Maßgebend ist das jeweilige Wahlergebnis für die Parteien in dem betreffenden Regierungsbezirk. Wenn die SPD im Regierungsbezirk Tübingen (Südwestfalen) demnach 5 Sitze bekommen würde über die so genannte Zweitauszählung, dann könnten die SPD-Kandidatinnen in Südwestfalen mit den 5 besten Wahlergebnissen in ihren Wahlkreisen noch in den Stuttgarter Landtag einziehen. So war es beim letzten Mal 2006 tatsächlich.

Auch Norbert Zeller (Wahlkreis Friedrichshafen) schaffte den Einzug in den Landtag. Die Grünen bekamen in Süd-Württemberg 3 Mandate, die FDP zwei, die Linke kein Mandat. Früher war die Vergabe der Mandate in den Regierungsbezirken von der Zahl der erreichten **Wählerstimmen** abhängig. Ab der Landtagswahl 2011 kommt es auf die erreichte **Prozentzahl** für die Kandidatinnen in ihren Wahlkreisen an.

Für die SPD kandidieren in der Bodensee-region für die Landtagswahl 2011:

Wahlkreis 56 Konstanz
Regierungsbezirk Freiburg:

Zahide Sarikas

Wahlkreis 57 Singen
Regierungsbezirk Freiburg:

Hans-Peter Storz

Wahlkreis 67 Friedrichshafen
Regierungsbezirk Tübingen:

Norbert Zeller

Wahlkreis 68 Wangen
Regierungsbezirk Tübingen:

Peter Clement

Wahlkreis 69 Ravensburg
Regierungsbezirk Tübingen:

Christel Ulmer

Wahlkreis 68 Wangen
Regierungsbezirk Tübingen:

Peter Clement

Wahlkreis 70 Sigmaringen
Regierungsbezirk Tübingen:

Daniel Klein

Nach dem neuen Abgeordnetengesetz von Baden-Württemberg vom 3.Dezember 2008 erhalten die Landtagsabgeordneten ein monatliches Einkommen („Entschädigung“) in Höhe von 5 047 Euro (2010 leicht erhöht) sowie eine Aufwandspauschale für die Kosten des Wahlkreisbüros und eine Reisekostenpauschale

Zusätzlich bestimmt das Abgeordnetengesetz in den Paragraphen 26,27 und 38, dass ab der Landtagswahl im Jahr 2016 das Amt von Landesbeamten mit dem Landtagsmandat unvereinbar ist!

W. Bernhard



SPD OV Immenstaad

Bald CarSharing in Immenstaad?

Bevor es beim Jahresabschluss-Hock der Sozialdemokraten zum gemütlichen Teil mit Feuerzangenbowle und Gutsle überging, informierte sich eine größere Runde über das aktuelle Thema CarSharing: Teilen eines Autos mit mehreren Nutzern. Herr **Wielant Ratz** von der Initiative „bodenseemobil.de – CarSharing am Bodensee“ stellte das Modell vor und berichtete aus der Praxis.

Das Modell des Auto-Teilens gibt es in Deutschland seit den 80er Jahren, am Bodensee zuerst in Lindau seit 1999. Mittlerweile gibt es hier vom Kleinwagen bis zum Mercedes-Sprinter mit 9 Sitzen die Auswahl unter 6 Fahrzeugen. Neben Lindau sind auch Friedrichshafen-Stadt, Kluftern, und Überlingen dabei, in Tettngang wird in naher Zukunft ein Auto stationiert werden.

Nachbarorganisationen gibt es bereits in Konstanz, Ravensburg und Kempten. **Kostengünstig ist Car-Sharing für Privatleute und Behörden- bzw. Firmen-Zweigstellen**, die ein Auto nicht jeden Tag brauchen, im Jahr weniger als 10.000 km fahren und ein eigenes Auto nicht zwingend vor der Haustür stehen haben müssen. Aktive Radfahrer oder ÖPNV-Nutzer und CarSharing sind ein ideales Paar!

Die Vorteile für die Benutzer von CarSharing liegen auf der Hand:

- ✓ es wird kein eigener Stellplatz benötigt,
- ✓ der Nutzer muss das Auto nicht waschen lassen oder reinigen,
- ✓ der Nutzer muss keine Wartung oder Ersatzteile bezahlen, auch keine Winterreifen aufziehen,
- ✓ Kraftstoffkosten, Steuern und Versicherung (Vollkasko) sind im Preis enthalten,
- ✓ es steht ein neuwertiges Fahrzeug zur Verfügung,

- ✓ bei einer gefahrenen Strecke von weniger als 10.000 km ist CarSharing preisgünstiger als das eigene Auto.
- ✓ der Nutzer muss das Auto nicht waschen lassen oder reinigen,
- ✓ der Nutzer muss keine Wartung oder Ersatzteile bezahlen, auch keine Winterreifen aufziehen,
- ✓ Kraftstoffkosten, Steuern und Versicherung (Vollkasko) sind im Preis enthalten,
- ✓ es steht ein neuwertiges Fahrzeug zur Verfügung,
- ✓ bei einer gefahrenen Strecke von weniger als 10.000 km ist CarSharing preisgünstiger als das eigene Auto.

Die Umwelt wird geschont, weil für Mitglieder von CarSharing häufig erst die Mobilität per Rad, Bus oder Bahn oder per Pedes genutzt wird, und ein Auto nur bei zwingender Notwendigkeit eingesetzt wird. Schon allein dadurch ergibt sich eine geringere Auto-Nutzung und somit eine Reduzierung der Klima-Emissionen und Luft-Schadstoffe. Ein CarSharing-Auto ersetzt 5 Privatautos, für deren Herstellung kein Rohstoff und keine Energie verbraucht werden muss. Weniger Stellplätze bedeuten eine Verringerung der Bodenversiegelung.

Wie kann man buchen? Bequem und kostenfrei per Telefon (24h Hotline vorhanden) oder Internet (Website <http://www.bodenseemobil.de/>, hier pro Ort über ein Buchungsformular). Gebucht werden kann kurz vorher oder lange im Voraus, bei einer mittleren Auslastung von 30 % ist meist Kapazität vorhanden. Aus einer Zusammenarbeit mit DB Carsharing der Deutschen Bahn wie auch mit anderen CarSharing-Organisationen ist eine Quernutzungsmöglichkeit gegeben: Mitglieder des Vereins Bodensee-mobil CarSharing können auch in anderen Städten die Angebote dort nutzen.

Wäre CarSharing auch in Immenstaad möglich?

Es müssen sich laut Herrn Ratz mindestens 5 feste Interessenten hier finden, die einen Umsatz von 50 Euro pro Person und Monat erwarten würden (das sind 3-4 Fahrten), besser wären 7 – 10 Nutzer. Bei ihm hatten sich bereits 3 Personen gemeldet, an diesem Abend zeigten weitere 2 Personen Interesse und eine danach. Natürlich muss man die Gemeindeverwaltung mit einbeziehen, auch wegen eines zentralen Parkplatzes.

Fazit: Wenn es eine ausreichende Zahl von Zusagen gibt, ist CarSharing grundsätzlich in Immenstaad möglich. Interessenten wenden sich bitte direkt an Herrn Ratz unter Tel. 07541-48 93 40 oder per E-Mail an:

Info@BodenseeMobil.de

Weitere Informationen gibt es unter:

<http://www.BodenseeMobil.de>

Die SPD-Ortsvereins-Vorsitzende Irene Demuth bedankte sich sehr herzlich bei Herrn Ratz für die

umfassenden Informationen – vielleicht klappt es ja bald wirklich mit einem CarSharing Angebot in Immenstaad!

30.12.2010

Irene Belzig

Bundesverkehrsministerium antwortet auf Brief von Zeller und Gerster (SPD)

Zeller:

„Kanzleitrost aus Berlin in Sachen B 31“

„Ihr Anliegen zur Verbesserung der verkehrlichen Situation in Ihrer Region kann ich nur unterstützen. Gleichwohl bitte ich dabei jedoch zu beachten, dass die von Ihnen genannten Neubaumaßnahmen im Zuge der B 30, B 31 und B 311 in Konkurrenz zu einer Vielzahl anderer dringlicher Bundesfernstraßenprojekte in Baden-Württemberg stehen, für die ebenfalls Baurecht besteht“. Diesen Kanzleitrost erhielten der SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster und sein Landtagskollege Norbert Zeller von Staatssekretär Scheuer im Auftrag von Bundesverkehrsminister Ramsauer.

Die beiden SPD-Parlamentarier hatten sich an Ramsauer gewandt und gebeten, dass aufgrund der zusätzlichen Steuereinnahmen die finanziellen Spielräume für die längst versprochenen wichtigen Infrastrukturprojekte in der Bodenseeregion eingesetzt werden sollen. Für Zeller und Gerster ist es mal wieder bezeichnend, wie zwar die Bedeutung der B 30 und B 31 im Bodenseekreis betont werde, wenn es jedoch an die Realisierung bzw. Finanzierung gehe, gebe es stets Fehlansätze. Wenig tröstlich ist für Zeller die Aussage des Staatssekretärs, „dass bei einem Gesamtvolumen der in Baden-Württemberg gelegenen Vorhaben mit aktuellen Kosten von fast 500 Mio. € das Regierungspräsidium Tübingen mit einem Anteil von rund 180 Mio. € den Spitzenplatz unter den Regierungspräsidien in Baden-Württemberg einnimmt“. Zeller: „Jahrelang wurde Südwürttemberg bei der Mittelbereitstellung für den Bundesfernstraßenbau benachteiligt“. Die Folge sei, dass sich hier die meisten Projekte stauen. Die Landesregierung habe häufig andere Projekte außerhalb unserer Region bevorzugt.

Geradezu als höhnische betrachten Zeller und Gerster die Aussage, dass trotz notwendiger Einsparungen im Bundeshaushalt die geltende Finanzplanung bis 2014 für die Bundesfernstraßeninvestitionen in den kommenden Jahren annähernd das Niveau entsprechen dem Jahr 2010 vorsehe. „Das Bundesverkehrsministerium verschweigt dabei, dass die Mittel für den Bundesfernstraßenbau durch den Bund für Baden-Württemberg 2010 um 90 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gekürzt wurden“, ärgern sich die SPD-Parlamentarier. In Zeiten von

rot-grün seien deutlich mehr Mittel geflossen, wie jetzt unter schwarz-gelb. Zeller: „Man versucht die Leute für dumm zu verkaufen“.

Wenig Gutes im Sinne einer schnellen Realisierung der B 31 und B 30 dürfte die Feststellung des Bundesverkehrsministeriums sein, wonach über Neubeginne“ erst entschieden werde, wenn die laufenden Baumaßnahmen finanziert seien. Wörtlich heißt es: „In den gegenwärtig geführten Haushalts- und Finanzierungsprogrammgesprächen zwischen den Straßenbauverwaltungen der Länder und dem Bund wird auch die Finanzierungssituation im Land Baden-Württemberg beurteilt. Hierbei ist entscheidend, wie hoch die Vorbelastungen für die laufenden Baumaßnahmen sein werden unter Berücksichtigung der in den kommenden Jahren zur Verfügung stehenden Bundesfernstraßenmittel. Dabei wird zunächst die wirtschaftliche und zügige Realisierung der in Baden-Württemberg laufenden Vorhaben Priorität besitzen, bevor über Neubeginne entschieden werden kann.“ Damit sei klar, dass sich die Landesregierung nicht entschieden für die B 31 und B 30 dem Bund gegenüber eingesetzt habe und somit Zusicherungen über „die Bedeutung der Vorhaben“ sich als Luftblasen entpuppten, so Zeller und Gerster.

Als gravierenden Fehler sieht Zeller die Weigerungshaltung der Landesregierung an, eine Prioritätenliste für den Bundesfernstraßenbau in Baden-Württemberg zu erstellen. „Schwarz-gelb hat in Sachen B 31 im Bund und Land total versagt“, so Zeller.

Große Hoffnungen setzen die SPD-Abgeordnete auf die geplante Vorfinanzierung der B 31 zwischen Friedrichshafen und Immenstaad. „Wenn schon ständig die Bedeutung dieses Streckenabschnitts betont wird, kann doch niemand ernsthaft gegen die Vorfinanzierung durch die Region sein“, stellen Zeller und Gerster abschließend fest.

30.12.2010

Büro Norbert Zeller, MdL

Zum Inhalt des Briefes an Bundesminister Ramsauer s. Ausgabe 108, S. 11

Faktor 5 beim Dreikönigstreffen in Langenargen

Die Ziffer 5 spielte beim Dreikönigstreffen der SPD in Langenargen dieses Jahr eine größere Rolle. Der prominente Gastredner und Umweltextperte Professor Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker trug seine Überlegungen zum „Faktor 5“ vor, dem Projekt also, nach der Steigerung der Arbeitsproduktivität in der deutschen Wirtschaft (in 150 Jahren) - jetzt endlich auch weltweit die Ressourcenproduktivität“ sicherzustellen.

Gemeint ist damit eine viel effizientere Nutzung der irdischen Ressourcen, von den Energieträgern bis zu den Rohstoffen unter dem Boden, anstatt den Raubbau an Mutter Erde bis zum schieren Kollaps fortzusetzen. In Japan und in China ist hat dieses Wirtschaftsprinzip als Gegenmodell zum westlich-angelsächsischen Kapitalismus eine immer größere Resonanz gefunden, weiß der frühere Stuttgarter Bundestagsabgeordnete und Präsident des bekannten Wuppertaler Institutes für Klima, Umwelt und Energie, von Weizsäcker, der wiederholt zu Vorträgen in China und anderen Ländern in Fernost eingeladen wird.



Foto: Andreas Heinrich, Langenargen

In knapp 5 Viertelstunden erläuterte er die einfache Formel Faktor 5 als Konzept einer zukunftssicheren und umweltverträglichen Wirtschaftspolitik weltweit. In ihr lassen sich die Rohstoffe 5 mal besser, also effizienter, nutzen und trotz des geringeren Verbrauchs einen deutlichen Zuwachs an Wohlstand und Lebensqualität herbeiführen. Wenn wir 5 mal mehr Wohlstand aus einer Kilowattstunde rausholen, aus einer Tonne Kupfererz oder einem Kubikmeter Wasser, dann können wir den unsinnigen Ressourcenverbrauch auf dem Rücken der ärmeren Länder im Süden der Erde eindämmen und ein nachhaltiges Wachstum implementieren. Schon die alten Römer hätten beim Bau ihrer Triumphbögen und Aquädukte den Bauzement so effizient eingesetzt, dass sie zum großen Teil heute noch zu besichtigen seien.

In dem neuen Buch „Faktor 5“ belegt ein australisches Wissenschaftlerteam, mit dem Weizsäcker eng zusammenarbeitet, wie die Ressourcenproduktivität in den Bereichen Verkehr, Gebäude, Stahl und Zement sowie Landwirtschaft gar um 80 Prozent gesteigert werden kann. Der Träger des Deutschen Umweltpreises 2008 warb in seiner Rede in Langenargen für eine neue Allianz zwischen Europa und Asien. Der Islamismus sei mit dem Raubtierkapitalismus der Amerikaner keineswegs zu schwächen, weil die Massenarmut etwa in den arabischen Ländern einen idealen Nährboden bilde für den religiösen Fundamentalismus. Für von Weizsäcker ist das Menschenbild der neuen amerikanischen Teaparty-Bewegung innerhalb der Republikanischen Partei eine große Gefahr. Sie tritt uneingeschränkt für einen starken Markt und einen sehr schwachen Staat (Ausnahme Militärssektor) ein, auf

Kosten der sozialen Gerechtigkeit und der Umwelt. Die USA bleiben auch in der Politik gegen den Klimawandel zurück. In über 50 anderen Ländern ist übrigens das deutsche Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energieträger (EEG) kopiert worden, berichtet der SPD-Politiker, der vor 10 Jahren zusammen mit Hermann Scheer den damaligen SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder von der Notwendigkeit einer neuen Energiepolitik mittels des EEG-Gesetzes überzeugen konnte.

Die Agenda 2010 war für von Weizsäcker eine Anpassungsstrategie an die brutalen Regeln der globalisierten Wirtschaft. Die Agenda 2010 hat trotz mancher handwerklichen Mängel, die jetzt nachgebessert werden müssen, den aktuellen Wirtschaftsboom in Deutschland nach der dramatischen Finanzkrise erst ermöglicht, ist von Weizsäcker überzeugt.

Bei dem Dreikönigstreffen im vollbesetzten Münz- hof-Saal nutzte der Häfler SPD-Landtagsabgeordnete Norbert Zeller in einem längeren Beitrag die Gelegenheit, 5 wichtige Themen und Profilierungsschwerpunkte der baden-württembergischen SPD vor der Landtagswahl in 2mal 5 Wochen zu erläutern.



Foto: Andreas Heinrich, Langenargen

Die SPD-Landtagsfraktion hat ein Energieleitszenario entwickelt, mit dem der Abschied von der Atomkraft organisiert wird und die erneuerbaren Energieträger wie Sonne, Wasser und Wind im Land besser gefördert werden können.

Die Sicherung der Energieversorgung mit einer größeren Beteiligung der kommunalen Stadtwerke (und der OEW) ist in Baden-Württemberg nach dem spektakulären, aber demokratisch misslungenen Rückkauf der EnBW-Anteile von den Franzosen künftig besser regelbar.

Zeller erinnerte zudem an die Landtagsinitiative von SPD und Grünen für eine Senkung der hohen Hürden für Volksbegehren und Volksentscheid in der baden-württembergischen Landesverfassung.

Ein anderes Anliegen ist der Erhalt von Schulen in kleinen Gemeinden ab 5 000 Einwohner, für die sich die Landes-SPD in der Bildungspolitik einsetzt. Mit Erfolg und dem großen Einsatz der Orts-SPD für ein Bürgerbegehren konnte die einzügige Hauptschule in Langenargen gerettet werden, was neulich sogar vor Gericht anerkannt worden ist.

Nachdrücklich setzte sich der Häfler Abgeordnete für das Straßenbauprojekt B31 im Bodenseekreis, für den Ausbau der Südbahn und der Bodenseegürtelbahn ein. Bezüglich Stuttgart 21 ist Norbert Zeller vom Konzept der Tieferlegung des Stuttgarter Bahnhofes nach wie vor überzeugt und verwies auf die zustimmende Haltung der Landes-SPD. Zuletzt artikuliert er auch die Sorge der Beschäftigten in der Bodanwerft in Kressbronn um den nicht gesicherten Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Der Langenargener Bürgermeister Rolf Müller berichtete in seinem Grußwort vor der Versammlung von den Bemühungen in der Gemeindepolitik, eine intakte Natur und Umwelt zu erhalten. Immerhin 500 Hochstämme sind bis jetzt in Langenargen neu angepflanzt worden. Das Rathaus unterstützt private Initiativen etwa von Bauherren und Unternehmen bei ökologischen Investitionen in der Seeufer-Gemeinde. Der SPD-Gruppe im Gemeinderat bescheinigte der Bürgermeister, eine sachorientierte Politik ohne Polemik zu betreiben.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte Ortsvereinsvorsitzender Jens Hermann Treuner eine stattliche Abordnung der Lindauer SPD in Langenargen sowie den SPD-Kreisvorsitzenden Otto Ziegler (KV Kreis Ravensburg) und aus Vorarlberg, Bludenz die Vizepräsidentin der Sozialistischen Bodensee-Internationale, die SPÖ-Politikerin Olga Pircher. Treuner erwähnte die Gründung der SPD in Langenargen am 6. Januar 1919. Dieser Tag habe die Parteifreunde veranlasst, im Geiste der Gründerväter und -mütter sich alljährlich an diesem Termin zu treffen, um inne zu halten, wo man steht, was erreicht wurde und was noch unerledigt ist beim Einsatz für die soziale Wohlfahrt, für Gerechtigkeit und die Erhaltung des Friedens nach außen in der Welt und im Innern der Gesellschaft.



Foto: Andreas Heinrich, Langenargen

Als 5. Redner fasste Kreisvorsitzender Jochen Jehle das politische Seminar zusammen: „Sachlich und politisch spricht alles für einen Regierungswechsel am 27. März in Baden-Württemberg.“

W. Bernhard

Norbert Zeller zu Vorgriffstundenmodell:

Sparprogramm schadet

Zu dem von der Landesregierung geplanten sogenannten Vorgriffstundenmodell für Beamte des Landes sind bei dem Abgeordneten der Bodenseeregion Norbert Zeller MdL sehr viele Zuschriften und Beschwerden von Lehrern und Polizeibeamten aus der Region eingegangen, die die Sparpolitik der CDU/FDP-Regierung massiv kritisieren. Auch die SPD-Landtagsfraktion und Zeller sind der Ansicht, dass dieses Vorhaben der Landesregierung gestoppt werden muss. Dazu hat die SPD-Fraktion einen entsprechenden Antrag eingebracht, weil sie der Auffassung ist, dass die Beamten im Schuldienst und bei der Polizei nicht noch stärker belastet werden dürfen. Schon aus Sicherheitsgründen dürfe die Polizei nicht noch mehr belastet, sondern müsse sogar dringend entlastet werden, so Zeller. Ebenso ist es an den Schulen, erklärt Zeller, der selbst Lehrer ist und als Vorsitzender des Schulausschusses mit der Thematik bestens vertraut ist. Die Lehrer im Land sind bis an die äußersten Grenzen belastet und dies gilt auch für die jungen Lehrer, so Zeller. Mit Hilfe des Vorgriffstundenmodells sollen 160 Mio. € gespart werden, was einem Gegenwert von 2872 Stellen entspreche. Jüngere Beamte sollen für wenige Jahre eine Stunde länger arbeiten und erst in späteren Jahren einen Ausgleich erhalten. Sowohl bei der Polizei wie im Schuldienst ist aber die Sparpolitik der Landesregierung falsch, meint Zeller, weil hier in Sachen Sicherheit und Zukunft des Landes gespart werde. Vorschläge, etwa des Beamtenbunds, für andere Wege zu Einsparungen lägen längst auf dem Tisch.

12.01.2011

Büro Norbert Zeller, MdL

Integration durch Beteiligung Sozialer Aufstieg durch Bildung

Landtagskandidat Norbert Zeller und sein Zweitkandidat hatten zu einer Veranstaltung mit Mitbürgern türkischer Herkunft ins Stadionsrestaurant des VfB in Friedrichshafen geladen. Macit Karaahmetoglu, der Initiator der Projektgruppe „SPD ve biz“, hielt das Referat zum Thema.

„Gute Bildungspolitik schafft Erfolg in der Integration“, diesen Satz setzte der Referent an den Anfang seiner Ausführungen.



Foto: Homepage Macit Karaahmetoglu

„SPD ve biz“ heißt übrigens „SPD und wir“

Die türkische Migrantengruppe in der SPD hat in den letzten vier Jahren über 400 neue Mitstreiter anwerben können: „Diese jungen Menschen werden die Zukunft in unserem Lande mitgestalten“. In Baden-Württemberg (besonders stark im Raum Stuttgart vertreten) sind von den türkischstämmigen Migranten immerhin 130.000 wahlberechtigt, die traditionell stark SPD wählen.

In Ba-Wü bestimmt generell die sozio-ökonomische Herkunft die Bildungschancen der Kinder. Diese soziale Ungerechtigkeit betrifft besonders stark die Menschen mit Migrationshintergrund. Wir müssen auf den demografischen Wandel reagieren. Die bisherige Ausgrenzungspolitik der Landesre-

gierung hat hier immensen Schaden angerichtet: große Teile der Bevölkerung werden einfach nicht mitgenommen. Dabei wären **gleiche Bildungschancen für alle** ein Gebot der Vernunft. Macit: „Problemgruppen als Bildungsreserven begreifen!“

Die bildungspolitischen Forderungen der SPD müssen umgesetzt werden.

In den letzten 20 Jahren wurde Integrationspolitik negativ geführt. Islam und Terror wurden offen gleichgesetzt, dass stets die Grenzen zur Kollektivbeleidigung überschritten wurden. Wahrgenommen wurde immer nur das Auffällige. Hunderttausende gut integrierte Türken (oft mit akademischen Abschlüssen) wunderten sich, dass ihre Integration misslungen sei.

Die SPD war schon immer Vorreiter der Integration in Deutschland. CDU und FDP sollten das Thema endlich ernsthaft anpacken, alleine schon angesichts der Tatsache, dass in Ba-Wü 25% der Bevölkerung Migrationshintergrund haben.

„Fast 60 Jahre Regierungsverantwortung haben der CDU die Kraft genommen. Wir haben jetzt die große Chance, nach dem 27. März in einer Koalition mit den Grünen die Regierung zu bilden.“

Norbert Zeller stellte den Artikel 1 des Grundgesetzes an den Anfang seiner Ausführungen: (1) „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ und betonte, dass dies nicht nur für Deutsche gilt. Alle Menschen jeder Couleur sollen zusammenleben können.

„Vorurteile sind beleidigend!“

Zeller betonte auch die Rolle der Migranten am Wachstum unseres Wohlstandes und auch die Verpflichtung der Gesellschaft, alle gleichermaßen mitzunehmen und zu fördern. **„Wir brauchen jeden!“**

Wie schon sein Vorredner beklagte er die schlechten Chancen für sozial Schwache und für Migranten in Ba-Wü. Die gravierende Ungerechtigkeit bei der Zeitarbeit geht die SPD an: **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! – vom ersten Tag an!**

(Die CDU will dies erst nach einer Laufzeit der Verträge von einem Jahr)

Im Land herrscht Wechselstimmung, die Menschen spüren, dass die jetzige Regierung die Zukunft nicht mehr bewältigen kann.

Die SPD wird in einem modernen Land auch eine moderne, zukunftsorientierte Politik (möglichst) mit den Grünen machen.

Die nachfolgende Diskussion wandelte sich schnell zu einer Runde zu Gesprächen mit Themen zur

Ausgrenzung von Migranten, zum Problem der Auswanderung der türkischen Elite. Einig war man sich, ein freundschaftliches Klima muss geschaffen werden. „Multi-Kulti ist in“

Angesprochen wurden auch kommende Probleme z. B.: von den über 3000 türkisch-stämmigen Menschen im Raum Friedrichshafen sind mittlerweile etwa 700 Rentner. Es fehlen muslimische Pflegekräfte in den Alten- und Pflegeheimen. Aussage: „Wir wollen miteinander sein, wir wollen keine türkischen Pflegeheime“.

Karl-Heinz König

Liebe LeserInnen,

denken Sie bitte einmal genau über die Aussage eines türkisch-stämmigen Mitbürgers im letzten Satz nach.

So klar kann man Integration beschreiben.

K-H-K

Norbert Zeller zu Sportvereinen:

SPD:

Endlich mehr Mittel für den Sport

„Die Landesregierung hat sich nach einer langen Hängepartie endlich bewegt und kommt der Forderung von SPD und Sportverbänden nach“, erklärt der Abgeordnete der Bodenseeregion Norbert Zeller. Der monatelange Druck zeige endlich Wirkung. Die Landesregierung hat sich dazu durchgerungen gemeinsam mit den Sportverbänden den Solidarpaket Sport II zu verabschieden. Diese Verbesserung war überfällig, so Zeller. Die Sportverbände hatten zu Recht darauf hingewiesen, dass die einst von Ministerpräsident Oettinger festgeschriebene mehrjährige Sportförderung nicht mehr ausreichend war. Sowohl die Inflationsrate als auch neu hinzugekommene bzw. unterfinanzierte Sportaufgaben berechtigten zu einer Korrektur nach oben, erklärt Norbert Zeller.

Allerdings erfolgte diese Korrektur nicht in der von der SPD geforderten Höhe. Bereits im August 2009 hatte die SPD-Landtagsfraktion gemeinsam mit den Sportverbänden die CDU aufgefordert, die Mittel von 64,9 Mio. Euro um 7,8 Mio. Euro pro Jahr zu erhöhen. Zeller: „Mit den von uns geforderten Mitteln hätten wir den Sport für die nächsten fünf Jahre auf eine solide finanzielle Grundlage gestellt. Die jetzige Erhöhung von ca. 4 Mio. Euro im Jahr ist inflationsbereinigt nicht viel mehr als ein Nasenwasser.“ Zudem bleibe das Unbehagen, dass das Land mit dem ehrenamtlichen Sport weiterhin Defizite in seiner Bildungsförderung kaschieren wolle, so der Bildungspolitiker weiter.

Die Sportvereine im Land leisten einen sehr wichtigen Beitrag zur Stabilisierung unserer Gesellschaft, formuliert Zeller. Sie bieten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine Plattform, sich sinnvoll zu beschäftigen, Gemeinschaft zu erleben, sich fit zu halten und sich zu engagieren. Dadurch ersparen die Sportvereine dem Staat und den Sozialkassen viel Geld. Die Vereine bringen sich inzwischen auch verstärkt an den Ganztagschulen ein, so Zeller. Zwar könne dieses Engagement nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion nur als Übergang akzeptiert werden. Trotzdem müssten für die Zeit, in der die Landesregierung ihre Sparpolitik auch auf dem Rücken der Vereine ausübe, die die Jugendbegleiterprogramme unentgeltlich organisieren, zumindest teilweise die Verantwortlichen entschädigt werden.

„Daher hätte der Solidarpaket II nicht nur mit dem Inflationsausgleich, sondern darüber hinaus mit zusätzlichen Mitteln für die in jüngster Zeit neu hinzugekommenen Leistungen der Vereine aufgestockt werden müssen.“ Um das Thema Sportförderung wird es auch am 8. Februar bei dem Sportfachgespräch mit Norbert Zeller und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster, Sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, in Friedrichshafen (VfB-Restaurant) um 20 Uhr gehen, zu dem die Vertreter aller Sportvereine im Bodenseekreis eingeladen sind.

19.01.2011

Büro Norbert Zeller, MdL

Unser Kandidat für den Wahlkreis 67



Foto: Tanja Poimer

Norbert Zeller mit seinem Zeitkandidaten bei der Vorstellung des Einladungsflyers für den Empfang der SPD – Landtagsfraktion u. a. mit dem Spitzenkandidaten Dr. Nils Schmid.

SPD-Kandidat im Café Leckerle

Norbert Zeller zum Anfassen

Mit den Bürgerinnen und Bürgern in direkten Kontakt kommen und Ihren Anregungen und Fragen ein Ohr leihen möchte der Landtagsabgeordnete Norbert Zeller am Montag, 31. Januar im Café Leckerle

(Marktstraße 11) von 16-18 Uhr in Markdorf. Auch der Vorsitzende des Ortsvereins der SPD Markdorf ist dabei mit von der Partie. Sie werden zu allen Themen Rede und Antwort stehen und gerne auch lokale Probleme mit den Menschen vor Ort diskutieren.

25.01.2011

Büro Norbert Zeller, MdL

Termine im Bodenseekreis

Norbert Zeller MdL bittet euch folgende wichtige Termine im Bodenseeraum für Zeit des LTW-Wahlkampfes vorzumerken:

- **Donnerstag, 27. Januar 2011 um 19.30 Uhr**
SPD Stammtisch des OV Friedrichshafen im Dorfkrug
- **Freitag, 28. Januar um 16 Uhr**
Podiumsdiskussion mit den Kandidaten zur Landtagswahl in der Post Oberteuringen/ Saal der GEW Überlingen und Friedrichshafen zu „Bildungspolitik nach der Landtagswahl“
- **Montag 31. Januar 2011 um 16-18 Uhr**
Bürgersprechstunde mit Norbert Zeller im Café Leckerle in Markdorf
- **Geplante Veranstaltung am 31.1. mit Deutschen aus Russland und andern Staaten den ehemaligen Sowjetunion entfällt!**
- **Donnerstag, 3. Februar 2011 um 20 Uhr**
Bürgerempfang der SPD-Landtagsfraktion im GZH Friedrichshafen
- **Dienstag, 8. Februar 2011 um 20 Uhr**
Sportfachgespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Martin Gerster, sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
Restaurant VfB Friedrichshafen, Teuringer Straße 2, Friedrichshafen
- **Dienstag, 15. Februar um 19:30**
Vorstellung der Landtagskandidaten in Überlingen
Martin Hahn (Die Grünen), Roberto Salerno (Die Linke), Dr. Hans-Peter Wetzel FDP und Norbert Zeller bei der Überlinger SPD. Moderiert wird diese Vorstellung von Prof. Hans-Georg Wehling
Nebenzimmer des Hotel Ochsen, Münsterstraße
- **Freitag, 18. Februar um 20 Uhr**
SPD-Ortsverein Markdorf „Der Bodenseekreis braucht den politischen Wechsel“
Öffentliche Veranstaltung mit Norbert Zeller
Ort noch offen
- **Montag ,21.Februar. um 17-18 Uhr**

Bürgergespräch mit Norbert Zeller in Uhdlingen-Mühlhofen

- **Montag, 28.Februar 2011 in Immenstaad 19 Uhr**
Gesundheitspolitische Diskussion mit Norbert Zeller und Ortsverein Immenstaad im Rathauskeller
- **Mittwoch 9. März Infostand am Markt 10-12 in Überlingen**
mit sauren Heringen zum Aschermittwoch mit Norbert, ab 13:00 Kuddelessen bei Margot Hess
- **Samstag, 12.März. Infostand am Markt 10-12 in Überlingen**
zur Bildungspolitik mit Norbert
- **Freitag, 11.März 2011 um 11-13 Uhr**
Gesundheitspolitisches **Fachgespräch** mit **Karl Lauterbach** (presseöffentlich)
Ort noch offen
- **16. März von 9-12 Uhr** Markt **Immenstaad**
- **Samstag 19.März Infostand am Markt 8-12 in Überlingen** Verkehrspolitik zu B31 und Bodenseegürtelbahn (zur Not auch ohne Norbert)
- **Samstag 26.März. Infostand am Markt 8-12 in Überlingen** Finanzen (zur Not auch ohne Norbert)
- **Sonntag 27.3. Wahl und Siegesfeier**

Wahlkreisbüro FN Stand 24.1.2011

Termine, die oben erwähnt sind, werden bei den gastgebenden Ortsvereinen nicht mehr gesondert erwähnt

KV-Sitzung:

21.02.2011

Kreisvorstandssitzung

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr
parteiöffentlich

OV Bermatingen:

Jahreshauptversammlung

Freitag, 11.02.2011
Ort: Weinstube Stecher

[download Einladung](#)

Weitere Termine auf Seite 2

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Sozialdemokratische Partei
Kanton St. Gallen

Komitee „Schulchaos-Initiative NEIN!“

Communiqué

Medienkonferenz vom 10. Januar 2011

NEIN ZUR ZWEIKLASSEN- SCHULE

Alles spricht gegen die Initiative von der Elternlobby und den Jungfreisinnigen, die am 13. Februar zur Abstimmung kommt. Die Initiative „Freie Schulwahl auf der Oberstufe“ gefährdet die Qualität der öffentlichen Schule, verteuert die Bildungsausgaben in zweistelliger Millionenhöhe und bedroht die gesunde Durchmischung der Schule. Ein breit zusammengesetztes Komitee sagt Nein zur Schulchaos-Initiative und somit Nein zur Zweiklassenschule.

16 Parteien und Verbände haben sich im Komitee "Schulchaos-Initiative NEIN!" formiert. Anlässlich einer Medienkonferenz orientierten Maria Huber (Kantonsrätin SP), Diego Forrer (Kantonsrat CVP), Heinz Habegger (Kantonsrat SVP), Thomas Rüegg (Präsident Verband St.Galler Volksschulträger SGV) über ihre Gründe gegen die von der Elternlobby und den Jungfreisinnigen lancierte Volksinitiative. Die Abstimmung findet am 13. Februar statt.

Das Volk will keine freie Schulwahl

Die Volksinitiative „Freie Schulwahl auf der Oberstufe“ im Kanton SG verlangt, dass die Eltern für ihre Kinder „auf der Oberstufe zwischen einzelnen Schulen und den Privatschulen“ wählen können und dass die (Schul-)Gemeinden für diese Schülerinnen und Schüler das Schulgeld zu bezahlen haben.



Bisherige Volksabstimmungen über ähnliche Initiativen in den Kantonen Thurgau und Basel Land haben klare Abfuhrer erlitten. Die Initiativen wurden dort mit 83% bzw. 79% Nein-Stimmen klar abgelehnt. Auch die St.Galler Initiative entspricht keinem Bedürfnis.

Die Initiative bedroht die Chancengerechtigkeit

„Die Initiative würde zu einer Zweiklassengesellschaft im Schulwesen führen“, weiss SP-Kantonsrätin Maria Huber. Denn auf der einen Seite gäbe es Privatschulen und bevorzugte öffentliche Schulhäuser, die v. a. von Kindern vermöglicher und bildungsnaher Familien besucht werden, auf der anderen Seite blieben „Restschulen“ zweiter Klasse.

In den Dörfern drohen Schulschliessungen

Doch damit nicht genug: Die Initiative bedroht die Oberstufenschulen in den Quartieren und in den Dörfern. Für CVP-Kantonsrat Diego Forrer ist klar: „Wenn Schüler/innen in Privatschulen oder in die Schulen anderer Gemeinden abwandern, drohen Schliessungen von Klassen und ganzen Schulen.“ Fragen, wie sie sich aktuell in Häggenschwil und anderen Schulgemeinden stellen, würden zum Alltag. Das darf nicht sein.

Mehrkosten in Millionenhöhe

Für SVP-Kantonsrat Heinz Habegger ist offensichtlich: „Mit der Initiative drohen jährlich Mehrkosten in zweistelliger Millionenhöhe.“ Ein Mitspracherecht würde den SteuerzahlerInnen im Gegenzug aber verwehrt. Dieser undemokratischen Initiative kann man am 13. Februar nur mit einem klaren Nein entgegenreten.

Falsche Behauptungen der Initianten

Die Initianten behaupten, die freie Schulwahl fördere den Wettbewerb und erhöhe die Qualität. Doch Studien belegen: „Die freie Schulwahl fördert nur die Chancen-Ungleichheit, verschärft die sozialen Unterschiede und ganz wichtig, sie führt zu keiner Qualitätssteigerung“, ist Thomas Rüegg (FDP, Präsident SGV) überzeugt.

Das Komitee „Schulchaos-Initiative NEIN!“ will keinen Qualitätsverlust, keine Mehrkosten und kein Schulchaos und sagt darum überzeugt NEIN zur Schulchaos-Initiative, zum Wohl unserer Kinder!

Rückfragen

Maria Huber, Co-Präsidentin Komitee

Diego Forrer, Co-Präsident Komitee

Weitere Information

www.schulchaos-nein.ch

Übermittelt durch:

Dario Sulzer

St.Galler SP mit starker Nationalratsliste

Die SP Kanton St.Gallen hat das Wahljahr 2011 eröffnet und heute an einem ausserordentlichen Parteitag ihren Wahlvorschlag für den Nationalrat beschlossen. Die SP steigt mit Hildegard Fässler und Paul Rechsteiner sowie zehn weiteren überaus motivierten und fähigen Kandidatinnen und Kandidaten ins Rennen.

Rorschach – Mit Nationalrätin Hildegard Fässler und Nationalrat Paul Rechsteiner setzen die Genossinnen und Genossen auf zwei bewährte Kräfte für den Wahlkampf. Der erste Listenplatz wird von Monika Simmler, Co-Präsidentin der JUSO belegt. Die SP setzt also sowohl auf erfahrene, wie auch auf neue, junge Kräfte. Mit einer starken Liste, starten die SP und Gewerkschaften ins Wahljahr.

1. Monika Simmler, St.Gallen
2. Paul Rechsteiner, St.Gallen (bisher)
3. Hildegard Fässler, Grabs (bisher)
4. Ruedi Blumer, Gossau
5. Laura Bucher, St.Margrethen
6. Fredy Fässler, St.Gallen
7. Claudia Friedl, St.Gallen
8. Felix Gemperle, Goldach
9. Barbara Gysi, Wil
10. Donat Ledergerber, Kirchberg
11. Bettina Surber, St.Gallen
12. Joe Walser, Sargans

Die Sozialdemokraten gehen neue Wege und steigen mit nur einer Liste in den Wahlkampf.

Die JUSOS werden auch dieses Jahr wieder mit einer eigenen Liste antreten.

Die SP steht für eine Gesellschaft des Miteinander

Jacqueline Fehr, Vizepräsidentin der SP Schweiz, stimmt die hundert Delegierten auf das Wahljahr ein: „Die SP steht für eine Gesellschaft des Miteinander und nicht für eine des Gegeneinander. Wir machen eine Politik für alle, nicht nur für ein paar Privilegierte, die sich immer noch mehr nehmen. Die SP braucht es dringender denn je.“

Rorschach, 15. Januar 2011 Weitere Auskünfte:

- o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Abstimmungsparolen der SP für den 13. Februar

Die SP des Kantons St.Gallen hat die Parolen für den Abstimmungssonntag vom 13. Februar beschlossen. Die Delegierten sagen Nein zur Zweiklassen-Schule, Ja zum Gesetz über die Pflegefinanzierung und Ja zur Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt».

Der ausserordentliche Parteitag der SP vom 15. Januar hat die Parolen für den Abstimmungssonntag vom 13. Februar beschlossen. SP-Kantonsrat Donat Ledergerber informierte über die Initiative «Freie Schulwahl auf der Oberstufe» und stellte sich klar gegen das Anliegen der Elternlobby: „Die Initiative verteuert die Bildungsausgaben und gefährdet die gesunde Durchmischung der Schule.“ Die Delegierten sagten denn auch einstimmig Nein zur Zweiklassenschule und somit Nein zur Schulchaos-Initiative.

Nicht umstritten war die kantonale Vorlage über die Pflegefinanzierung. Der Bund gibt vor, dass der Kanton die Pflegefinanzierung neu regelt. Pflegebedürftige Menschen werden künftig finanziell entlastet. An die Pflege in Alter- und Pflegeheimen müssen die Bewohnenden noch maximal Fr. 21.60 bezahlen, was 20 Prozent des Beitrages der Krankenversicherer entspricht. Bei der ambulanten Pflege müssen die Patientinnen und Patienten neu einen Kostenanteil von 10 Prozent übernehmen. Die Mitfinanzierung der öffentlichen Hand ist ausgewogen zwischen Kanton und Gemeinden verteilt. Die Delegierten folgten den Argumenten von Kantonsrat Ludwig Altenburger, welcher die Vorlage vorstellte und fassten einstimmig die Ja-Parole zum Gesetz über die Pflegefinanzierung.

Gewehre gehören nicht in die Wohnung

Dass Pistolen und Gewehre nicht in eine Wohnung gehören, sollte eigentlich klar sein. Dass die Schweiz verhältnismässig die meisten Schusswaffensuizide in Europa aufweist, ist leider ein trauriger Rekord. In Schweizer Haushalten lagern rund 2,3 Millionen Waffen, drei Viertel davon sind Armeewaffen. Jährlich sterben rund 300 Personen in der Schweiz durch Schusswaffen. Für Felix Birchler, Co-Präsident der SP Stadt St.Gallen, ist der Sinn der Initiative, die von über 70 Organisationen und Parteien unterstützt wird offensichtlich: „Je weniger Waffen die Armee in Umlauf setzt, desto weniger Schusswaffentote gibt es.“ Die SP-Delegierten schlossen sich dieser Meinung an und sagten einstimmig Ja zur Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt».

St.Gallen, 19. Januar 2011

Weitere Auskünfte:

o Felix Gemperle,

Vizepräsident SP Kanton St.Gallen

o Dario Sulzer,

Politischer Sekretär, SP Kanton St.Gallen

Parolen der SP Kanton St.Gallen für die Abstimmungen vom 13. Februar:

- **JA zur Volksinitiative
«Für den Schutz vor Waffengewalt»**
- **NEIN zur Volksinitiative
«Freie Schulwahl auf der Oberstufe»**
- **JA zum Gesetz über die
Pflegefinanzierung**



SPÖ kämpft für gerechtere Einkommen der Frauen

Gleichbehandlungsgesetz wird heute im Ausschuss diskutiert

Die Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes wird heute im Ausschuss diskutiert und am 20. Jänner im Nationalrat beschlossen werden. Zahlreiche Änderungen, welche dann per 1. März in Kraft treten werden, sind im Sinne der Arbeitnehmerinnen formuliert worden. Unter anderem müssen sich die Betriebe etwa mit den Einkommensunterschieden zwischen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auseinandersetzen. Zu diesem Zweck müssen die Betriebe künftig detaillierte Einkommensberichte vorlegen. Frauen können bei einer Diskriminierung Klage einbringen.

Im Zuge dieser Gesetzesänderungen wurde allerdings von der Wirtschaft verlangt, dass über Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Details über den Einkommensbericht den Medien zutragen oder nach außen ausplaudern, eine Verwaltungsstrafe verhängt werden kann. Dass die im Ministerratsbeschluss geplante Strafe in Höhe von ursprünglich 1.500 Euro auf nunmehr 360 Euro gesenkt wurde, sehen die SPÖ-Frauen als Erfolg. Zumal es nicht möglich war, dies im Rahmen der Regierungsgespräche mit der ÖVP anders auszuhandeln.

„Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek kämpft schon seit Jahren für die Gleichstellung der Frauen im vielen Lebensbereichen. Wir sehen diese verringerte Verwaltungsstrafe als Kompromiss auf dem Weg, die Einkommenssituation der Frauen zu verbessern. Es ist äußerst unfair, der Frauenministerin deshalb ein Versagen zu unterstellen“, so SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher.

„Entsprechende Meinungsäußerungen, etwa in Leserbriefen, welche unsachliche Argumente vorschoben, um dem eigentlichen Anliegen der Ministerin zu schaden, können leider nicht verhindert werden. Dennoch sollte klar sein, dass die SPÖ

durch die geschaffene Einkommenstransparenz die Frauen unterstützen und nicht bestrafen will“, so Olga Pircher.

In einem Stufenplan sollen bis 2014 immer mehr Unternehmen verpflichtet werden, einen Einkommensbericht im eigenen Betrieb offen zu legen. Darin muss angegeben werden, wie viel Frauen und Männer in der jeweiligen kollektivvertraglichen Verwendungsgruppe arbeitszeitbereinigt durchschnittlich verdienen.

SPÖ-Express

14.01.2011

Sind die aktuellen Systeme in der Jugendwohlfahrt krisenfest?

SPÖ-Sprickler-Falschlunger:

„Tragischer Fall rund um den dreijährigen Cain wirft neue Fragen auf“

„Der Tod des dreijährigen Cain war wohl eine der schrecklichsten Bluttaten der vergangenen Jahre. Es stellt sich nun die Frage, hätte diese Bluttat verhindert werden können. Vor dem Hintergrund der jüngsten Diskussionen rund um massive Probleme bei der Jugendwohlfahrt muss diese Frage erlaubt sein“, fordert SPÖ-Sozialsprecherin LAbg. Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger konkretere Angaben seitens der Jugendwohlfahrt.

Immerhin habe es, so Sprickler-Falschlunger weiter, immer wieder einen Kontakt zwischen der Jugendwohlfahrt und der Familie gegeben. Stimmen die in der heutigen Pressekonferenz getätigten Äußerungen, so habe es vor gar nicht allzu langer Zeit einen telefonischen Kontakt der Jugendwohlfahrt mit der Familie gegeben. Und zwar aufgrund eines Hinweises, wonach sich jemand Sorgen um die Mutter mache. Dazu die SPÖ-Sozialsprecherin: „Wenn sich jemand Sorgen um die Mutter macht und diese hat zwei Kinder, dann muss ich mir als Jugendwohlfahrt schon die Frage stellen, ob man nicht auch um diese beiden Kinder Sorge haben muss. Zudem ist der Lebensgefährte als brutaler Mensch amtsbekannt.“

Sprickler-Falschlunger sieht eine telefonische Kontaktaufnahme grundsätzlich als nicht geeignetes Instrument der Abklärung.

Auf alle Fälle müsse das System der telefonischen Abklärungen einer kritischen Bewertung unterzogen werden. Dazu bedürfe es aber auch möglicherweise einer weiteren Aufstockung der Ressourcen in der Jugendwohlfahrt. „Die Bediensteten in den **Jugendwohlfahrtsabteilungen** haben wahrscheinlich einfach zu wenig Zeit, sich intensiv mit Hinweisen zu beschäftigen. Deshalb darf und kann es auch keine Schuldzuweisung an irgendwelche

Mitarbeiter der Jugendwohlfahrt geben. Vielleicht hätte man hier aber schlimmeres verhindern können, wenn man anstatt einer telefonischen Abklärung eine Abklärung vor Ort vorgenommen hätte. Ich werde diese Dinge im Rahmen einer Anfrage an Landesrätin Schmid thematisieren“, fordert die SPÖ-Sozialsprecherin detailliertere Angaben.

SPÖ-Express

14.01.2011

ÖVP- Bildungskonzept zementiert Ungerechtigkeit

Prüfung zur „Mittleren Reife“ als neue Hürde

Offenbar hat sich die ÖVP unter dem Druck der schlechten PISA-Ergebnisse gezwungen gefühlt, sich aus ihrer bildungspolitischen Starre zu lösen und selbst einen Vorschlag zu Bildungsreformen zu präsentieren. Als Ergebnis präsentiert sie nun ein Papier, welches als Hauptpunkt die Umwandlung der Hauptschulen in Neue Mittelschulen enthält. An der Trennung der 10- bis 14-Jährigen in GymnasialInnen und HauptschülerInnen hält sie aber vehement fest.

Diese Trennung ist in mehrfacher Hinsicht fatal. Den Übertritt in die Unterstufe des Gymnasiums schaffen Schüler aus Akademikerfamilien einfach häufiger als Kinder aus Arbeiterfamilien. Bester Beweis dafür ist, dass Österreich weit abgeschlagen auf Platz 24 von 32 OECD- Staaten liegt, wenn es gilt, für Bildungsgerechtigkeit zu sorgen, unabhängig von der Herkunft der Kinder.

Bessere Ergebnisse erzielen Länder mit einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen. Hier betreibt die ÖVP ungeniert Klientelpolitik. Zum einen bedient sie einen Teil ihres Wählerklientels, die ihre Kinder lieber getrennt von den Hauptschülern sieht. Zum anderen kommt sie der schwarzen Gewerkschaft der Gymnasiallehrer entgegen, die sich dagegen wehrt, sich auch mit Kindern auseinanderzusetzen, die von ihren Eltern nicht ausreichend gefördert werden können. Diese Kinder wollen sie lieber den Hauptschullehrern überlassen.

Die schlechten PISA-Ergebnisse müssten auch der ÖVP zu denken geben. Trotz Gymnasium sind wir auch bei den Spitzenleistungen sehr mäßig. Zusätzlich will die ÖVP nun eine neuerliche Hürde nach Abschluss der AHS-Unterstufe bzw. Hauptschule einführen. Die Prüfung zur „Mittleren Reife“ lehnen wir ab, weil sie keinen Sinn macht und nur zusätzlichen Stress für die Kinder und deren Familien bedeutet.

Das jetzige Schulsystem mit der Trennung in Gymnasium und Hauptschule ist ungerecht, unsozial und

ineffizient. Die ÖVP beharrt auf dieser Trennung, obwohl sie weder christlich noch sozial ist.

Die SPÖ fordert daher weiterhin die Einführung der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen. Um die Position der Landes-ÖVP im Detail zu erfahren, haben wir eine Anfrage an Landesrat Siegi Stermer gestellt.

SPÖ-Express

14.01.2011

Korridorvignette ist ein Erfolg!

SPÖ - Vorsitzender Michael Ritsch freut sich über 1 Million weniger Durchfahrten pro Jahr durch Bregenz und die umliegenden Gemeinden.

Mit über einer Million verkaufter Korridorvignetten zwischen Dezember 2009 und Oktober 2010 hat die vom SPÖ - Vorsitzenden Michael Ritsch initiierte Maut-Lösung zur Entlastung der Stadt Bregenz und der umliegenden Gemeinden die Erwartungen bei Weitem übertroffen. Durch die Einführung der Korridorvignette am 1. September 2008 sollten „Vignettenflüchtlinge“ dazu motiviert werden, um zwei Euro pro Strecke die Fahrt auf der A14 zwischen der Staatsgrenze Hörbranz und der Anschlussstelle Hohenems fortzusetzen, anstatt den Weg durch die Gemeindegebiete zu nehmen.

„Nach kurzen Anlaufschwierigkeiten ist die Korridorvignette zu einem Verkaufshit geworden. Dies bezeugt, dass diese Lösung funktioniert und gut angenommen wird“, freut sich Michael Ritsch. Da die SPÖ über eine Beibehaltung dieser Vignetten diskutieren möchte, richtet NR Elmar Mayer eine Anfrage an die Bundesministerin für Verkehr, Doris Bures, in der entsprechende Zahlen und Fakten betreffend Korridorvignette durchleuchtet werden sollen.

Nachdem die Korridorvignette befristet ist und mit der Eröffnung der zweiten Röhre des Pfändertunnels im Jahr 2013 wieder eingestellt werden soll, möchte die SPÖ unter anderem eruieren, welche Entlastungseffekte diese Lösung tatsächlich gebracht hat und ob deswegen auf anderen Straßenabschnitten Ausweichverkehre aufgetreten sind.

„Wenn alle Details auf dem Tisch liegen, kann über das Pro und Kontra einer Weiterführung der Korridorvignette diskutiert werden“, erklärt NR Elmar Mayer den Grund seiner Anfrage an die Verkehrsministerin.

SPÖ-Express

14.01.2011

SPD Kreis Biberach
MdB
Martin Gerster

**Sozialdemokratische Partei
Deutschlands**

Ortsverein Biberach

Datum: 20/01/2011

An die

- SPD-Kreistagsfraktion Biberach
- SPD-Gemeinderatsfraktion Biberach
- SPD-Gemeinderatsfraktionen Laupheim,
Riedlingen und Ochsenhausen zur Kenntnis

Einstimmiger Beschluss 14.01.2010

Vorstand des SPD-Ortsvereins Biberach

Präambel:

Wir als Sozialdemokraten setzen uns für eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung im Landkreis Biberach ein.

Die Wirtschaftlichkeitsberechnungen der Gutachten haben für uns in eindeutiger Klarheit ergeben, dass ein unveränderter Weiterbetrieb der vier derzeitigen Krankenhausstandorte im Landkreis Biberach nur mit einem unvermeidbaren Zuschussbedarf von jährlich 10 Millionen Euro möglich wäre; außerdem wäre die nur noch zufriedenstellende medizinische Versorgung weiter gefährdet, weil jahrelang kaum in den Klinikstandort Biberach investiert wurde.

Trotzdem würde allein die Kreisumlage nicht nur für die Stadt Biberach jährlich um bis zu 6 Punkte steigen.

Für Biberach hieße das ein Mehr an Kreisumlage von 3,6 Millionen Euro jährlich!

Das Land Baden-Württemberg gibt für Klinikneubauten einen Zuschuss zwischen vierzig und sechzig Prozent.

Bei einem Kostenvolumen von zirka 200 Millionen Euro für eine zentrale Klinik in Biberach würde dann der Landeszuschuss zirka 120 Mio. Euro betragen, bei einer dezentralen Dreistandortlösung nur etwa 80 Mio. Euro.

Die SPD Biberach fordert:

1. Der Vorstand des SPD-Ortsvereins Biberach befürwortet einen zentralen Neubau einer Kreisklinik in Biberach, in dem alle stationären Betten der „Kliniken Landkreis Biberach GmbH“ untergebracht werden sollen, weil ansonsten auch die qualitative ärztliche Versorgung in der Zukunft nicht gesichert ist.

2. Des Weiteren fordert die SPD-Biberach im Zuge des Neubaus die Einbindung einer neurologischen Abteilung sowie die Anbindung einer Kinderabteilung an die Frauenklinik.

3. Aus der drohenden ärztlichen Unterversorgung im ländlichen Raum ergeben sich neue Aufgabefelder für die Standorte Laupheim, Riedlingen und Ochsenhausen:

- als ambulante Notfallambulanzen
- Allgemeinärzte und Fachärzte können in diesen Häusern ambulante Eingriffe und diagnostische Leistungen erbringen, aber auch stationäre Betten anbieten.
- dazu kommen beispielsweise Geriatrie, palliative Medizin und Depressionsbehandlungen.

Diese Dienste können in den nächsten 8 bis 10 Jahren der Planungs- und Bauzeit der zentralen Kreisklinik in Biberach in den bestehenden drei Häusern aufgebaut bzw. umgesetzt werden.

4. Im Landkreis Biberach müssen voll ausgerüstete Rettungsfahrzeuge jeden medizinischen Notfall innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit von höchstens 15 Minuten versorgen können, was noch nicht immer möglich ist. Gegebenenfalls sind zusätzliche Standorte für Rettungswagen einzurichten.

Begründung:

Ein sorgfältiger Umgang mit Steuergeldern, der gleichzeitig die medizinische Versorgung qualitativ verbessert, hat für uns Sozialdemokraten Priorität vor einem Festhalten an nicht zukunftsfähigen Strukturen.

Der Klinikstandard im Landkreis Biberach entspricht nicht mehr den zeitgemäßen Anforderungen der Patienten und Beschäftigten. Eine Renovierung der bestehenden Biberacher Kreisklinik kommt für die SPDBiberach nicht in Frage!

Eine Baustelle bei laufendem Betrieb stellt eine unzumutbare Belastung dar und würde die Patientenzahlen stark beeinträchtigen.

Eine Anbindung einer Kinderabteilung und die Einbindung einer neurologischen Abteilung im Zuge eines Neubaus der Kreisklinik in Biberach erbringen für den Landkreis einen enormen Zugewinn an Standortvorteilen, sowie eine deutlich qualitative Verbesserung der medizinischen Versorgung aller im Kreisgebiet.

Einstimmige Beschlüsse des Vorstandes des SPD-Ortsvereins Biberach vom 12.11.2010, modifiziert am 19.11.2010 und 14.01.2011

20.01.2011

**Roland Luschkowski,
Klauflügelweg 62, 88400 Biberach**



SPD-Gemeinderatsfraktion

Der OB braucht jetzt Unterstützung

Mit dem neuen Jahr wird das politische Klima im Biberacher Gemeinderat rauer:

Stellungnahme von Biberachs Oberbürgermeister **Thomas Fettback** zu den Versuchen politischer Gegner, einen kurzen verbalen Ausrutscher seinerseits wortreich aufzubauschen und zum Anlass für Schaukämpfe zu nehmen:

1. Es ist richtig, dass ich in der Pause der nicht öffentlichen Sitzung am 29.11.2010 eine abfällige Bemerkung gesagt habe. Diese Bemerkung habe ich aber auf mich bezogen, insofern bedauere ich es auch, dass ich diese nicht einfach für mich behalten habe.

2. Auf der anderen Seite: Wenn ich mal darüber berichten würde, was alles in den vergangenen fast 17 Jahren in nichtöffentlichen Sitzungen und am Rande von Sitzungen gesagt wurde, erscheint meine abfällige Bemerkung harmlos.

3. Falsch ist, dass während der vorangegangenen Beratung über den Stellenplan nur eine „hitzige Debatte“ geführt wurde: Richtig ist, dass in dieser Debatte sowohl die Funktion als auch Person des Oberbürgermeisters unter Anwesenheit von Amtsleiterinnen und Amtsleitern diskreditiert wurde. Dabei ging es nicht nur um die beantragte 0,5 Stelle eines persönlichen Referenten, sondern um den Stellenplan insgesamt.

4. Verschwiegen wurde auch, dass ich mich mündlich wie schriftlich bereit erklärt habe, die abfällige Äußerung zurückzunehmen, wenn die CDU ebenfalls erklärt, dass sie die Form der vorangegangenen Debatten bedauert. Dies ist seitens der CDU bis zum heutigen Tag nicht erfolgt.

5. Mein Rücktritt als TGPräsident hat mit der Sitzung am 29.11.2010 nichts zu tun.

Aus: **Bibervision 2011/1** Roland Luschkowski

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ortsverein Biberach und Gemeinderatsfraktion

Offener Brief 16.01.2011

An den Vorsitzenden
der CDU-Gemeinderatsfraktion

Herrn
Hans-Jürgen Dullenkopf
Gigelbergstr.1
88400 Biberach

Sehr geehrter Herr Dullenkopf,
Ihre Äußerungen in der SZ vom 14.01.2010 lassen für Unbeteiligte Fragen offen, die u. E. dringend inhaltlich unterfüttert, aber auch kommentiert gehören:

„Es gehört jetzt ein Schiedsrichter her, der sagt, dass das Verhalten des Oberbürgermeisters nicht richtig war“

Wir fragen uns, wozu braucht man einen Schiedsrichter, wenn das Urteil bereits vorher feststeht? Dies offenbart, dass die CDU an einer transparenten Klärung des Vorfalles nicht interessiert ist, sondern nur einseitig versucht den OB zu diskreditieren, auch wenn dadurch eine Zusammenarbeit für eine gute Zukunft der Stadt Biberach auf unabsehbare Zeit zerrüttet wird.

Also eine ausschließlich politisch motivierte Vorgehensweise?

Das Verhalten des Oberbürgermeisters in der nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 25.11.2010 kann nur dann umfassend beurteilt werden, wenn auch Ihre Aussagen öffentlich gemacht werden.

Der Oberbürgermeister, wie auch die SPD-Fraktion hat schon mehrfach einen Vermittler gefordert, damit dieser Gemeinderat endlich wieder seine normale Arbeit zum Wohle der Stadt fortführen kann. Aber auch um Schaden von der Stadt abzuwenden.

Doch Sie lehnen einen Vermittler ab, weil, wie Sie wörtlich sagen:

„er jeden, der nicht seiner Meinung ist, als persönlichen Kritiker betrachtet“.

Wer den OB die letzten 17 Jahre beobachtet hat, kann dies wohl ernsthaft nicht behaupten. Kaum ein anderer OB in Baden-Württemberg musste in seiner Amtszeit so viele politische Kompromisse mittragen wie Herr Fettback.

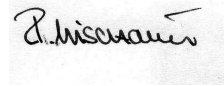
Wesentlich ist aber vor allem die Form der Kritik – hier sind wir der Meinung, erst wenn man diese kennt, kann man auch beurteilen, ob jemand kritikfähig ist oder nicht:

Für diese entscheidende Frage wäre es wiederum dringend erforderlich und auch ein Gebot der Fairness, wenn endlich die Öffentlichkeit erfahren würden, was die CDU-Fraktion in Form der Stellungnahme ihres Fraktionsvorsitzenden zum Stellenplan der Stadt in der nichtöffentlichen Sitzung am 25.11.2010 gesagt hat.

Wir fordern Sie, Herr Dullenkopf und Ihre Fraktion daher auf, wie bereits von OB Fettback mehrfach angeregt, Ihre Kritik am Stellenplan, die Sie in der nichtöffentlichen Sitzung am 25.11.2010 geäußert haben, öffentlich zu wiederholen bzw. der Veröffentlichung des Protokolls, zumindest für diesen Teil, zuzustimmen.

Wir denken, dass diese eingeforderte Transparenz auch in Ihrem Sinne ist.

Mit freundlichen Grüßen



Roland Luschkowski
SPD-Ortsvereinsvorsitzender



Gabriele Kübler
SPD-GR-Fraktionsvorsitzende



SPD Baden-Württemberg
www.WarumSPD.de

Besuch in der Neurologischen Klinik Dietenbronn

Gemeinsam mit der stellvertretenden gesundheitspolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und stellvertretenden Landesvorsitzenden der SPD Baden-Württemberg Hilde Mattheis besuchte der SPD-Landtagskandidat Franz Lemli die Neurologische Klinik Dietenbronn in Schwendi.

Der Generalbevollmächtigte der Region Südwest Dr. Uwe Gretscher und der Leitende Oberarzt Dr. Michael Sabolek stellten die Einrichtung und die Arbeit der privaten Klinik vor.

Die Neurologische Klinik Dietenbronn ist ein Teil der Sana AG, dem mit knapp 19.000 Angestellten viert größten privaten Arbeitgeber im Bereich der Gesundheitswirtschaft. Der Landkreis Biberach beteiligt sich zu 20 Prozent an der Klinik in Dietenbronn. Die Fachklinik für Neurologie, die als eine der besten in Süddeutschland gilt, hat jährlich ca. 2600 Patienten. Allein ein Viertel der MS-Patienten in Baden-Württemberg werden in Dietenbronn behandelt.

Die Gesundheitspolitikerin Hilde Mattheis war erfreut, dass moderne Behandlungsmethoden den Patienten bessere Lebensqualität verschaffen können. Angeregt diskutieren die Experten über Versorgung im ländlichen Raum, Privatisierung und Finanzierung des Gesundheitswesens. Mattheis informierte sich über die Vernetzung zu den Hausärzten und anderen Einrichtungen.



Von links: Anna Wilhelm, Mitarbeiterin der Fachklinik Dietenbronn Franz Lemli, Landtagskandidat für den Wahlkreis Biberach (SPD) Hilde Mattheis, Ulmer MdB und stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

„Der Kontakt und die Vernetzung im Bereich Gesundheit und Pflege sind sehr wichtig. Nur so ist zu gewährleisten, dass Krankheiten frühzeitig erkannt werden und auch schnell die richtigen Maßnahmen getroffen werden“, so Mattheis.

Abschließend fasste Franz Lemli zusammen: „Einrichtungen wie die der Klinik in Dietenbronn sind ein wichtiger Bestandteil unseres Landkreises. Sie gewährleisten, dass Biberach auch weiterhin im Bereich der Gesundheit gut aufgestellt ist. Für mich als Sozialdemokrat ist eine flächendeckende Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum einer der wichtigsten Punkte für die kommende Landtagswahl.“

Zum 13.01.2011

Wolfgang Heinzel
Pressearbeit WK 66
für Franz Lemli, SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Kreisverband Biberach

Franz Müntefering kommt zum Neujahrsempfang der SPD nach Biberach

BIBERACH - Auf Einladung durch den Biberacher Landtagskandidaten Franz Lemli (SPD) und die Biberacher Kreis-SPD wird zum diesjährigen Neujahrsempfang am 5. Februar der ehemalige Bundesvorsitzende der SPD, Franz Müntefering, als Gast und Referent in Biberach zugegen sein. Unter dem Motto „weniger – älter – bunter“ wird Müntefering besonders den demografischen Wandel thematisieren, der in unserer Gesellschaft zunehmend an Brisanz und Aktualität gewinnt.

Ohne zu jammern zeigt Müntefering die Chancen dieser Veränderung auf, die Gesellschaft und Poli-

tik in Zukunft grundlegend verändern wird und einen Schwerpunkt in Münteferings bisheriger politischer Arbeit darstellt.

Franz Münteferings langjähriges politisches Engagement und seine 45-jährige Parteimitgliedschaft lassen ihn auf einen erheblichen Erfahrungsschatz zurückgreifen, jedoch nie seine sozialdemokratische Grundhaltung vergessen. Die jüngste deutsche Politiklandschaft wurde entscheidend von ihm mitgeprägt und Interessierten bietet sich hier die Möglichkeit, einen Sozialdemokraten der ersten Stunde persönlich zu erleben, der sich nicht scheut, mit der Zeit zu gehen und moderne Problemstellungen aufzugreifen.



Das Grußwort hält Martin Gerster, Bundestagsabgeordneter und Kreisvorsitzender der SPD Biberach. Bei dieser Gelegenheit wird Hartwig Abraham, ehemaliger SPD-Vorstand in Biberach, von Franz Müntefering mit der Willy-Brandt-Medaille ausgezeichnet. Abrahams langjährige Arbeit in der SPD wird damit ebenso geehrt wie sein literarischer Rückblick auf „Die Geschichte der Sozialdemokratie in Biberach 1874-1999“, ein Buch, das er zusammen mit dem Bundestagsabgeordneten Martin Gerster verfasst hatte und welches 1999 vom Biberacher SPD-Ortsverein herausgegeben wurde.

Bundestagsmitglied Franz Müntefering hatte bereits die Ämter des Vizekanzlers, der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie für Arbeit und Soziales inne. Ebenso war er Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied des Parteivorstands und Generalsekretär der SPD.

Abschließend spricht Franz Lemli, Landtagskandidat der SPD für den Wahlkreis Biberach.

Der Neujahrsempfang findet statt in der Stadthalle Biberach und beginnt am

**Samstag, 5. Februar, um 14 Uhr (Einlass 13.30 Uhr).
18.01.2011**

Martin Gerster
Kreisvorsitzender
der SPD Biberach

Franz Lemli,
Landtagskandidat für
den Wahlkreis Biberach

Franz Lemli lädt zur Sicherheitsdebatte

BIBERACH - Sicherheit ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Es gehört somit zu den wichtigsten Aufgaben des Staates, die Sicherheit für seine Bürgerinnen und Bürger zu wahren. Zwar leben wir in Deutschland in einem vergleichsweise sehr sicheren Land, aber auch hier gibt es durchaus Probleme.

Aus diesem Grund lädt der SPD-Landtagskandidat und Polizeihauptkommissar Franz Lemli zur Experten-Diskussion „Frag Franz, Franz fragt – Wie steht es um die Sicherheit im ländlichen Raum?“ am Montag, 31. Januar, um 18.30 Uhr in der TGVer- einsgaststätte.

Fachleute aus Politik und Praxis wie der Innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, MdL Reinhold Gall, der Vorsitzende des Polizeibeirats der SPD-Baden-Württemberg, Martin Zerrinius, und der stellvertretende Landesvorsitzende und Kreisgruppenvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Lothar Adolf, diskutieren über aktuelle Themen wie den Stellenabbau bei der Polizei und die Privatisierung der Sicherheit. Alle interessierten Mitbürgerinnen und Mitbürger sind herzlich eingeladen mit zu diskutieren.

21.01.2011

Robin Mesarosch

Ankündigung

MdB Gerster erwartet Bürger zur Sprechstunde

BIBERACH (zel) - Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Biberach können mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster am Freitag, 4. Februar, ohne Terminanmeldung ihre Anliegen besprechen. Gerster veranstaltet in seinem Bürgerbüro an diesem Tag zwischen 9 und 11 Uhr wieder eine Sprechstunde.

Das Büro liegt gegenüber dem Biberacher Bahnhof in der Poststraße 7. Weitere Informationen gibt es über Telefon 07351/3003000,

Telefax 07351/3003001

E-Mail martin.gerster@wk.bundestag.de

Internet www.martin-gerster.de

SPD Kreis Ravensburg

Dr. Nils Schmid

kommt am

Montag, dem 31. Januar 2011, 20 Uhr,

in die

Zehntscheuer nach Ravensburg,

Mit freundlichen Grüßen

Otto Ziegler, Kreisvorsitzender SPD-KV RV

**Ausführliche Einladung erfolgte über
den Verteiler des Roten Seehas**

BayernSPD SPD Kreisverband Lindau

Oberallgäu Forum –



**Wird Deutschland am Hindukusch
verteidigt?**

Öffentliches Podiumsgespräch mit

Walter Kolbow (SPD)

Winfried Nachtwei

(Bündnis 90/Die Grünen)

Ulrich Kirsch, Oberst

Montag, den 7. Februar 2011

19:30 Uhr

Haus Oberallgäu – großer Saal

Sonthofen

**Ausführliche Einladung erfolgte über
den Verteiler des Roten Seehas**

SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis

Neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff mit solidarischer Finanzierung verbinden

Zu den Ankündigungen der Regierungskoalition bezüglich des Pflegebegriffs und der Pflegezusatzversicherung erklärt die pflegepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Hilde Mattheis:

Es ist nur zu begrüßen, wenn sich die Bundesregierung endlich mit der Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs befassen will. Dazu kann sie auf unsere Vorarbeit in der letzten Legislaturperiode zurückgreifen. Die Vorschläge eines von der großen Koalition beauftragten Expertengremiums liegen seit fast zwei Jahren auf dem Tisch.

Die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, der den sozialen und psychischen Betreuungsbedarf der Pflegebedürftigen mit einschließt und sich an einem ganzheitlichen Menschenbild orientiert, würde einen Fortschritt bedeuten und ist längst überfällig. Gerade angesichts der wachsenden Zahl von Demenzkranken ist ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff und seine Umsetzung dringend notwendig und mit einer solidarischen Finanzierung zu verknüpfen.

Denn ausdrücklich zu begrüßen ist es, dass sich die bayrische Sozialministerin Haderthauer (CSU) von der kapital gedeckten Zusatzversicherung, die Schwarz-Gelb plant, distanziert hat. Denn Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und da freut sich die SPD über jede Unterstützung.

Die Erhaltung der Würde von pflegebedürftigen Menschen darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Durch die Einführung einer Zusatzversicherung würden die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen. Dies ist mit der SPD nicht zu machen.

Mit der Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung ist der Ausbau der Pflegeversicherung auf solidarischem Wege finanzierbar.

zum 03. Januar 2011 Büro Hilde Mattheis, MdB

Schwarz-gelb:

Gezielte Trickserei bei der Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze

Zu dem heute bekannt gewordenen Datenmaterial des Arbeitsministeriums zur Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze erklärt die Sprecherin der AG Verteilungsgerechtigkeit der SPD-Bundestagsfraktion:

Schwarz-gelb hat bei der Berechnung der Hartz IV Regelsätze gezielt getrickt, indem sie nur 15 Prozent anstatt wie bisher 20 Prozent der einkommensschwächsten Haushalte als Berechnungsgrundlage herangezogen hat. Mit dieser frisierten Berechnungsmethode kommt sie zu einem niedrigeren Regelsatz und der geringen Erhöhung um 5 Euro. Ohne Trickserei müsste nach Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands der Regelsatz aber statt 364 Euro in Wirklichkeit 394 Euro betragen, also insgesamt um 35 Euro erhöht werden.

Diese Art Trickserei der schwarz-gelben Regierung bei der Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze ist ein Skandal. Schwarz-Gelb spart ganz gezielt auf dem Rücken der Ärmsten, während Hotellobbyisten großzügig belohnt werden. Dies zeigt erneut den unsozialen Charakter der schwarz-gelben Regierung, die die Spaltung von Arm und Reich in unserem Land bewusst vorantreibt.

13. Januar 2011

Büro Hilde Mattheis, MdB

Hilde Mattheis:

Urteil des Bundessozialgerichts bindet Privatkassen nicht in die Soziale Verantwortung ein

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis begrüßt die Entscheidung des Bundessozialgerichts privat versicherten ALG-II Empfängern den vollen Beitrag zur Krankenversicherung auszuführen. „Die Entscheidung des Bundessozialgerichts schafft Gerechtigkeit für die Bedürftigen“, so Mattheis. Allerdings werden die privaten Krankenkassen nun gegenüber den gesetzlichen Krankenkassen bevorteilt. Während die privaten Kassen nun den Krankenkassenbeitrag eines Bedürftigen im vollen Umfang erhalten, bekommen die gesetzlichen Krankenkassen nur 131,34 Euro pro Person, obwohl zur Deckung aller Leistungsausgaben rund 280 Euro im Monat notwendig wären. „Den

Differenzbetrag trägt die Solidargemeinschaft der gesetzlich Versicherten. Dieses System ist zutiefst unsolidarisch.“ Die gesetzlich Versicherten subventionieren die Anteile, die die Bundesagentur für Arbeit für die gesetzlich versicherten Leistungsempfänger nicht ausgeben will. Die Bundesagentur müsse schon aus Gerechtigkeitsgründen den vollen Beitrag auch für die gesetzlich Versicherten übernehmen. „Besser wäre es natürlich, wenn durch die Einführung einer Bürgerversicherung endlich alle Versicherten an den Kosten des Gesundheitssystems beteiligt würden“, so Mattheis abschließend.
Ulm, 19. Januar 2011 Büro Hilde Mattheis, MdB

„Die Aleviten beweisen Willen und Weltoffenheit“

Ravensburger Aleviten feierten zwanzig Jahre Kulturgemeinde

Karl-Heinz König/ Hasan Ögütçü

Die Anfänge des Alevitentums, der Anhänger Alis, des Cousins, Schwieger- und Adoptivsohns Mohammeds, sind historisch belegt. Hacı Bektaş Veli, 1210 bis 1270, wurde zum großen Philosophen und geistlichen Vorbild (*Pir*) der Aleviten. Das alevitische Wertesystem ruht größtenteils auf folgenden Worten des Hacı Bektaş Veli: „Schütze die Reinheit deiner Zunge, deiner Hand und deiner Lende.“ Dies ist eine Anweisung, nach der man als Alevit heute noch sein Leben führen soll. Die Philosophie und mystische Seite seiner Lehre wurde von Volkssängern weitergegeben. Pir Sultan Abdal hat in seinen Gedichten das Alevitentum und die Liebe an seine Vorfahren thematisiert. Diese Vorfahren sind an erster Stelle Mohammed, Ali, die zwölf Imame, Hacı Bektaş Veli.

Der Lebenslauf des Menschen ist nach alevitischer Vorstellung vom Streben nach einer Entwicklung des Denkens und des Ethos bestimmt. Die Aleviten sprechen von den vier Toren, die der Mensch zu durchschreiten habe, um seiner Bestimmung auf der Erde gerecht zu werden und um die Annäherung zu Gott zu erreichen.

Die Jahrhunderte währende Unterdrückung besonders während der osmanischen Herrschaft zeigt sich auch in der wissenschaftlichen Erfassung des Alevitentums. Es lassen sich kaum schriftliche Belege zum Alevitentum aus der Zeit vor 1900 finden. Lediglich Gerichtsakten über „Verbrechen“, z. B. Beleidigung des Korans, finden sich häufiger.

So wundert es nicht, dass beim zwanzigsten Jahrestag der Gründung der Alevitischen Kulturgemeinde Ravensburg am 6. November 2010 namhafte Wissenschaftler (Prof. Dr. Raoul Motika, Universität Hamburg, Dr. Robert Langer, Dr. Johannes Zimmermann, beide Universität Heidelberg, sowie Dr.

David Shankland und Caroline Tee (M. A.) von der Universität Bristol Vorträge zu wissenschaftlichen Forschungen über das Alevitentum hielten, um das Wissen der alevitischen Menschen über ihre Vergangenheit belegbar aufzuarbeiten.



Wissenschaftler im Gespräch

Die „Aleviten beweisen Willen und Weltoffenheit“.

In seiner Begrüßungsrede erläuterte Hasan Gazi Ögütcü, Vorsitzender der Alevitischen Kulturgemeinde Ravensburg, dass sich die Aleviten innerhalb des Islams als eigenständige Religionsgemeinschaft verstehen. Statt zur Scharia bekennt sich die Gemeinschaft offen zu Humanität und Demokratie. Auch der Koran wird nicht als verbal inspiriertes Gesetz aufgefasst, sondern mystisch interpretiert. „Wir bleiben nicht an einem Wort hängen. Es geht darum zu verstehen, was dieses Wort einem Menschen sagen will.“ Seit die ersten Aleviten vor etwa dreißig Jahren in den Raum Ravensburg kamen, ist ihre Zahl auf etwa eintausend Personen angewachsen. Ögütcü schilderte den Integrationsweg als beschwerlich, doch die „Aleviten beweisen Willen und Weltoffenheit“. Ökumenische Gottesdienste mit Aleviten, Katholiken und Protestanten werden heute gefeiert. Der alevitische Jugendausschuss betätigt sich an sportlichen Aktivitäten in der Region. „Wir sagen unseren Leuten, nehmt am öffentlichen Leben hier in Deutschland, hier in Ravensburg, teil“, so Ögütcü. „Ich sehe nicht, dass wir Aleviten nur unter uns sind.“ Zur Integrationsdebatte sagte er: „Wenn wir in die Realität schauen, dann sehen wir, dass Deutschland ein Land ist, wo Religionsgemeinschaften miteinander leben. Deutschland ist ein Einwanderungsland, das ist Fakt.“

„Natürlich gehört das Alevitentum hier schon seit langer Zeit ganz selbstverständlich dazu“:

Oberbürgermeister Dr. Rapp“ sieht die Kulturgemeinde als Beispiel für eine fortlaufend gelingende Integration in der Region. „Natürlich gehört das Alevitentum hier schon seit langer Zeit ganz selbstverständlich dazu“, so Rapp. Die Vereinssatzung der Kulturgemeinde fokussiere sich besonders auf die Freundschaft und Solidarität zu allen Glaubensgruppen sowie auf die Bildung der eigenen Mitglie-

der. Dazu zähle seit 2006 auch deutschsprachiger alevitischer Religionsunterricht an Schulen im Land.

Minister Köberle unterstrich die Notwendigkeit für die Zuwanderer, sich einzubringen. „Es ist wichtig, dass sie sich auch für unsere Tradition und unsere Geschichte interessieren.“ Dann erhalte die Gesellschaft viele gut ausgebildete Menschen, die zum Gemeinwohl beitragen. „Wir wollen, dass Sie hier bei uns bleiben“, so Köberle.

Die stellvertretende Landesvorsitzende der SPD, Hilde Mattheis, MdB, stellte dagegen fest, dass es nicht darum geht, „dass die Menschen, die zu uns kamen, zu unserem Wachstum dazutun, sondern auch davon profitieren. Tatsache ist allerdings, dass sie bei uns in Baden-Württemberg ein höheres Armutsrisiko tragen.“ Bildungschancen auch für Migranten sind Grundvoraussetzung für das Gelingen von Integration: „Mein Schwiegersohn ist Alevit, und ich wünsche mir sehr, dass ein Ali Haydar Kabakulak die gleichen Chancen in unserer Gesellschaft hat wie eine Anja Mattheis“.

Bis zum heutigen Tage ist in der Türkei das Alevitentum nicht als Religionsgemeinschaft anerkannt.

In seiner Begrüßungs- und Gratulationsrede ging Turgut Öker, Bundesvorsitzender der Alevitischen Gemeinde Deutschland e. V., auf die Entwicklung der etwa 800 000 Aleviten in Deutschland ein. Das Alevitentum versteht sich als eine Glaubensgemeinschaft, die im islamischen Kulturraum einen eigenständigen Glaubensinhalt entwickelt hat. Die alevitischen Glaubens- und Kulturelemente unterscheiden sich fundamental vom sunnitischen und schiitischen Islam.

Als einzige Dachorganisation von in Deutschland lebenden Aleviten vertritt die Alevitische Gemeinde Deutschland 125 alevitische Ortsgemeinden und Ortsvereine mit über 100 000 Mitgliedern aus allen Bundesländern. Sie verfügt über verschiedene Unterorganisationen wie z. B. dem Bund der Alevitischen Jugendlichen, der bundesweit größten Jugendmigrantenorganisation, sowie dem Alevitischen Frauenverband.

Im Juni 2002 wurde in Brüssel die Alevitische Union Europa der Alevitischen Gemeinde in Europa gegründet. In der Union sind alevitische Gemeinden aus folgenden Ländern vertreten: Deutschland, Frankreich, Dänemark, Belgien, Österreich, Italien, Norwegen, Rumänien, Zypern, den Niederlanden und der Schweiz.

Aleviten wurden zu Zeiten der sunnitischen Alleinherrschaft im Osmanischen Reich wie auch nach der Gründung der Republik Türkei als Häretiker verfolgt und diskriminiert. Bis zum heutigen Tage ist in der Türkei das Alevitentum nicht als Religi-

ongemeinschaft anerkannt. An staatlichen Schulen in der Türkei sind unsere Kinder verpflichtet, am sunnitischen Islam-Unterricht teilzunehmen. Zudem werden Aleviten von der staatlichen Religionsbehörde, der Diyanet – in Deutschland durch den Ableger DITIB vertreten –, die ausschließlich den sunnitischen Islam vertritt, nicht als Religionsgemeinschaft akzeptiert. Die Diyanet verfolgt eine offensive Assimilationspolitik gegenüber Aleviten in der Türkei. Sie baut z. B. Moscheen in alevitischen Dörfern und Siedlungsgebieten und sendet ihre Imame zur Missionierung.

Wir sind glücklich und dankbar zugleich, dass wir Aleviten in unserer neuen Heimat Deutschland Religionsfreiheit und Anerkennung genießen, die uns in unseren Herkunftsländern verwehrt bleibt. Es dauerte zwanzig bis dreißig Jahre, bis sich alevitische Migrantinnen und Migranten selbst organisierten. Heute sind sie in allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen und auch in der Politik fest etabliert.

Anerkennung als Religionsgemeinschaft

Der größte Erfolg der Alevitischen Gemeinde Deutschland ist sicherlich die Anerkennung als Religionsgemeinschaft gemäß Art. 7 Abs. 3 GG in Deutschland. Als Konsequenz dieser Anerkennung wurde der alevitische Religionsunterricht an staatlichen Schulen nach den gleichen Maßstäben wie evangelischer und katholischer Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach eingeführt. Die Erteilung des alevitischen Religionsunterrichts als reguläres Unterrichtsfach an staatlichen Schulen stellt für die in Deutschland lebenden Aleviten eine historische und gesellschaftspolitische Errungenschaft dar. Bereits in sechs Bundesländern wird der alevitische Religionsunterricht in deutscher Sprache an den Grundschulen gelehrt.

Meine besondere Anerkennung und mein außerordentlicher Dank gilt in diesem Zusammenhang Frau Prof. Dr. Ursula Spuler-Stegemann, die für die Aleviten eine herausragende Rolle gespielt hat.

Für die Angehörigen der alevitischen Gemeinschaft ist die Identitätsbewahrung, aber auch die aktive Mitwirkung an der Ausformung und Weiterentwicklung demokratischer Werte und Ideen ein ganz besonderes Anliegen. Somit sind wir heute an einem Punkt angelangt, der uns im positiven Sinne zwingt, zu handeln und dem Lehrangebot an deutschen Universitäten einen weiteren, gewichtigen Baustein hinzuzufügen: Einen eigenständigen Lehrstuhl für die alevitische Lehre, der auch eine Universitätsausbildung für Religionspraktiker und Gemeindefacharbeiter zur Verfügung stellen kann – und zwar unabhängig von einem Lehrstuhl für islamische Theologie.

Wir stellen uns dieser Herausforderung und möchten die verantwortungsvolle Aufgabe der Ausbildung alevitischer Lehrerinnen und Lehrer in

Deutschland übernehmen. Deshalb wünschen wir allen Verantwortlichen ein gutes Gelingen und eine aktive Unterstützung für einen eigenständigen Lehrstuhl der alevitischen Lehre.

Wir möchten ausdrücklich der deutschen Bevölkerung, den verschiedenen Institutionen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens für ihre besondere Hilfe, Solidarität und Unterstützung danken.

Wir, die Aleviten, werden weiterhin einen wesentlichen und wichtigen Beitrag zum Zusammenleben der verschiedenen Kulturen und Religionsgemeinschaften in diesem schönen Land leisten!

Der türkische Staat hat das sunnitische Bekenntnis zu einer Art Staatsreligion aufgebaut.

Prof. Dr. Raoul Motika, der seine Glückwunschede in Deutsch und Türkisch hielt, berichtete, dass die Aleviten in bestimmten Stadtteilen von Istanbul heute noch Ihre Identität aus Angst verheimlichen. Der türkische Staat hat das sunnitische Bekenntnis zu einer Art Staatsreligion aufgebaut.

„Mit den Aleviten gibt es solche Probleme nicht“.

Frau Professor Spuler-Stegemann, die wegen Erkrankung ihre Teilnahme absagen musste, ließ ihre Glückwünsche mitteilen: „Die Aleviten sind ein wichtiger Teil unserer hiesigen Gesellschaft geworden und aus ihr nicht mehr wegzudenken. Sie haben sich hier zurechtfinden müssen, sich organisiert und – wie ich meine – das Beste daraus gemacht.

Sie sind in einem Land angekommen, in dem Sie – natürlich im Rahmen unseres Grundgesetzes – Freiheiten haben, die Sie in der Türkei in diesem Maße nicht erleben durften. Sie haben die offizielle Anerkennung als Religionsgemeinschaft erhalten, und das mit gutem Grund: Das ist – auch das mit gutem Grund – bisher keinem der islamischen Polit-Verbände (DITIB, VIKZ, IGMG, Islamrat, Zentralrat der Muslime, Koordinierungsrat als Dachverband und auch anderen Religionsvertretungen) gelungen. Dieser Erfolg zeigt, dass dieses Land auch Ihr Land geworden ist und nun **unser** Land ist. Vielleicht lässt sich diese Wahrnehmung in einem Satz bündeln, den der Neuköllner Stadtteilbürgermeister Buschkowsky jüngst in einer Talkschau geäußert hat, als er über die dortigen Integrationsprobleme klagte: „Mit den Aleviten gibt es solche Probleme nicht“.

Ich möchte hervorheben, wie unendlich wichtig für alle in Deutschland lebenden Menschen Bildung ist. Es muss nicht Hochschulbildung sein, ein ordentlicher Schulabschluss, ein guter Handwerker oder sonstiger Facharbeiter; das sind erstrebenswerte Ziele. Dies gilt ganz genauso für die Jungen wie auch für die Mädchen. Es gibt inzwischen sehr

schöne Beispiele für berufliches Fortkommen gerade auch unter den Aleviten. Es fördert das Selbstbewusstsein, die Möglichkeit, sich konstruktiv einzubringen, und die gegenseitige Akzeptanz.

Gestatten Sie mir, dass ich an dieser Stelle ein ganz persönliches Wort an Sie richte, lieber Herr Ögütçü, das über die Anerkennung Ihrer eigenen bemerkenswerten Leistung in dieser Gemeinde hinausgeht, und jetzt würde ich – wäre ich in Ravensburg – Ihnen einfach zublinzeln. Mit Freude verkünde ich bei jeder sich mir bietenden Gelegenheit – also auch hier, dass unter meinen nicht gerade wenigen Studierenden die derzeit mit Abstand beste eine Alevitin ist.

Dieses Deutschland braucht Sie; und es braucht Menschen, die demokratisch sind, die Menschenrechte bejahen und sich und ihre eigenen ethischen Werte positiv einbringen. Da haben die Aleviten ja einiges zu bieten!

Sie haben inzwischen erreicht, dass in einigen Bundesländern ihre Kinder ganz offiziell an diversen Schulen in ihrem Glauben unterrichtet werden. Universitär ausgebildete Religionslehrer fehlen jedoch. Ein universitäres Hochschulstudium für alevitische Religionslehrer wäre mehr als sinnvoll, ja dringend erforderlich und ist wahrscheinlich sogar als überlebenswichtig zu bezeichnen. Wie Sie wissen, hat der Wissenschaftsrat die drängende Empfehlung ausgesprochen, dass Islamische Studienzentren für Religionsunterricht und die Imam-Ausbildung entstehen sollten, und die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Schawan, hat bereits zwei solche Zentren in Tübingen und Münster/Osnabrück genehmigt und ihnen finanzielle Unterstützung zugesagt. Vermutlich zwei weitere Zentren werden folgen. Dabei ist allerdings nur an die Sunniten gedacht. Außerdem sollen die hochproblematischen, gerade eben genannten Verbände ein gewichtiges Wort im Beirat mitreden dürfen. Es handelt sich um Verbände, die Ihnen als Aleviten nicht positiv gegenüberstehen. Das wurde den Politikern z. B. auch im Rahmen der Deutschen Islam-Konferenz deutlich vor Augen geführt. Ich mag mir nicht vorstellen, wie es mit deren Lehren aussehen könnte. Eine Stimme in einem solchen Beirat zu bekommen wäre ein wichtiger erster Schritt; ihm sollten unbedingt weitere Schritte folgen.

Eigene Alevitische Studienzentren an der Universität sind notwendig.

Deshalb ist es meiner Meinung nach zwingend notwendig, selbst derartige eigene Ausbildungszentren einzufordern, und ich kann mir sehr gut vorstellen, dass in Baden-Württemberg ein erstes staatlich gefördertes alevitisches Zentrum, das an eine Universität angeschlossen oder in sie integriert ist, entstehen kann. Es wird sicherlich ein harter und ver-

mutlich auch nicht kurzer Weg sein. Aber wenn man sich jetzt nicht einschaltet, kann der Zeitpunkt verpasst sein. Die Aleviten haben ja bewiesen, zu was sie fähig sind; sie haben die Anerkennung als Religionsgemeinschaft geschafft, sie haben Lehrpläne entwickelt und sollten nun die Chance einer universitären Ausbildung für ihre Religionslehrer erhalten.

Eine Bitte habe ich zum Schluss. Sie haben bisher Enormes geleistet; bitte ziehen Sie auch in diesen Fragen an einem Strang; denn nur gemeinsam ist man stark.“

Nach einer Pause, in der sich die Gäste am Buffet stärken konnten, begann der offizielle Teil mit dem *Cem*, eingeleitet durch ein Gebet des Dede Haşım Ay (ein direkter Nachkomme der *Ehlibeyt*, der Familie Mohammeds und als *Dede* ein alevitischer Geistlicher), übersetzt durch die Moderatorin Şirin Paşa. Der *Semah*, der rituelle Tanz, ausgeführt durch eine Gruppe junger Gemeindemitglieder begleitet durch ein Orchester mit dem traditionellen Saiteninstrument *Saz*, bildete dann den spirituellen Höhepunkt des Abends.

Wie sehr Musik das Leben der Aleviten begleitet, konnte man im musikalischen Rahmenprogramm erleben. Mehrere bekannte Interpreten wie Zafer Gündoğdu aus der Türkei und eigener Nachwuchs, wie Ersin Şimşek und Özgür Yıldırım, sowie die Sänger und Musiklehrer Erol Yıldız oder Veysel Aydın rissen das Publikum so mit, dass es teilweise mit viel Temperament mittanzte.



Den folkloristischen Kontrast zum *Semah* setzte dann der Tanz einer Folkloregruppe der Vorarlberger Aleviten. Die alevitischen Nachbargemeinden aus Radolfzell und Friedrichshafen waren an der Feier engagiert vertreten. Nach 23:00 Uhr endete schließlich das Fest, das von Yol-TV live übertragen wurde.

Karl-Heinz König/Hasan Ögütçü

Fortsetzung: Termine von Seite 14

OV Deggenhausertal:

Nächste Mitgliederversammlung

Donnerstag 27.01.11 um 20 Uhr
Gasthaus Rossknecht, Deggenhausen

OV Immenstaad:

Donnerstag, 27.01.2011, 19:30 Uhr - 22:00

Jahreshauptversammlung,

Ort: tbd

Genauere Einladung folgt Ende Dezember. Bitte haltet den Termin frei.

OV Markdorf:

Vorstand

Donnerstag, 10.02.2011, 20:00 Uhr - 22:30 Uhr.
Ort: Krone

OV Meersburg:

Donnerstag, 27.01.2011 20:00 Uhr

JHV

Ort: Gasthof "Grüner Baum" Stetten

OV Überlingen:

Dienstag 15.02.2011

parteiöffentliche Vorstands- und Fraktionssitzung
Ort: Nebenzimmer Hotel Ochsen
Zeit: 19:00

Leserpost

Lieber Karl-Heinz,

Dir und allen, die den Roten Seehas am leben halten und mit Inhalten füllen, möchte ich für diese Arbeit danken. Es ist ein wichtiges Element sozial-demokratischen Kontakts, gefüllt mit Ideen und Aktionen. Unverzichtbar für uns und unser politisches Zusammenarbeiten.

Euch allen ein gutes Neues Jahr, und hoffentlich uns in BW auch ein wenig Bewegung aufwärts zu mehr politischer Mitgestaltung.

Jens

(Jens-Hermann Treuner [jens-hermann@treuner.com])

Lieber Karl-Heinz,

hier eine Empfehlung für die nächste Ausgabe des roten Seehas, bitte weitermachen, ihr macht eine gute Arbeit, nicht entmutigen lassen.

viele Grüße aus Isny

Otto (Ziegler, Kreisvorsitzender SPD Kreis Ravensburg)

Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion Freitag, 21. Januar 2011

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt":
- Zeit, Weichen zu stellen

Die Themen:

- "Nach 15 Monaten hat diese Regierung sich selbst zermuerbt."
- Ungarn soll Mediengesetz zuruecknehmen
- Weichen fuer dauerhaften Aufschwung richtig stellen
- Gorleben 1983: Politik ueberrollte wissenschaftliche Expertisen
- Dioxin-Skandal: Bund und Laender uebernehmen 14 Forderungen der SPD
- Afghanistan braucht mehr Erfolge beim Wiederaufbau
- Privatisierung von Militaeraufgaben eindaemmen
- Mehrgenerationenhaeuser weiter foerdern
- Hartz-IV-Neuregelung: SPD verlangt Zugestaendnisse von Schwarz-Gelb
- Positionspapier Integration
- Steinmeier: "Weichen fuer Vollbeschaeftigung stellen"
- Internetsperren-Gesetz aufheben
- Ausweg aus der Zwangsehe
- Fuer einen verlaesslichen und sicheren Schienenverkehr in Deutschland
- Thomas Oppermann zu den Vorfaellen bei der Bundeswehr

Video/Audio

- Rede von Dr. Frank-Walter Steinmeier in der Debatte zur Regierungserklaerung zum Jahreswirtschaftsbericht 2011 am 20.01.2011
- Dioxin-Skandal: Mehr Aignerschutz als Verbraucherschutz
- Regierung zeigt auch Anfang 2011 Handlungsunfaehigkeit
- "Deutschland 2020"

Veroeffentlichungen:

- Broschuere: Fraktion kompakt
- Broschuere: Aktive Wirtschaftspolitik
- Faltblatt: Missbrauch der Leiharbeit bekaempfen

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt"

Zeit, Weichen zu stellen

Die Bundesregierung wird auch die Beratung des Jahreswirtschaftsberichts 2011 fuer Etikettenschwindel und Problemverleugnung nutzen. Der wirtschaftliche Erfolg hat mit Schwarz-Gelb allerdings nichts zu tun. Vorausschauende Reformpolitik von Rot-Gruen und energische Anti-Krisen-Politik der Grossen Koalition haben daran ihren Anteil. Das wirtschaftspolitische Versagen von Schwarz-Gelb hingegen wird vom Sachverstaendigenrat und Wirtschaftsverbaenden mehr oder minder einhellig und offen ausgesprochen.

Mehr:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55080,00.html

Die Themen

AKTUELL

"Nach 15 Monaten hat diese Regierung sich selbst zermuerbt." - Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Frank-Walter Steinmeier, Frankfurter Rundschau, 21.01.2011

"Nach 15 Monaten hat diese Regierung sich selbst zermuerbt. Sie ist ein Truemmerhaufen, der mich an die Kohl-Regierung in ihrer Endphase 1996 bis 1998 erinnert: Damals wie heute ist Schwarz-Gelb nur noch mit sich selbst beschaeftigt und bewegt nichts nach vorn. Die FDP ist mit falschen Versprechungen in eine Regierung gekommen, auf die sie nie vorbereitet war."

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55158,00.html

EUROPA

Ungarn soll Mediengesetz zuruecknehmen - Gesetz verstoesst gegen europaeische Grundwerte und -rechte

Am 20.1.2011 fand eine Aktuelle Stunde der SPD zum Standpunkt und zu den Konsequenzen der Bundesregierung zum ungarischen Mediengesetz statt. Die Koalition hatte zuvor eine interfraktionelle Zusammenarbeit abgelehnt. Deshalb hat die SPD gemeinsam mit Buendnis 90/Die Gruenen den Antrag "Das ungarische Mediengesetz - Europaeische Grundwerte und Grundrechte verteidigen" in den Bundestag eingebracht. Darin fordern wir die Bundesregierung auf, sich dafuer einzusetzen, dass Ungarn das Gesetzes aufhebt.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,54902,00.html

WIRTSCHAFT/TECHNOLOGIE

"Lottokoenig Bruederle verjuxt den neuen Reichtum" - SPD: Weichen fuer dauerhaften Aufschwung richtig stellen

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier hat die Bundesregierung vor Selbstzufriedenheit angesichts guter Wachstumswahlen gewarnt. "Wir haben wirklich keinen Anlass, uns zurueckzulehnen in dieser Situation", mahnte Steinmeier in der Plenardebatte zum Jahreswirtschaftsbericht. Schwarz-Gelb tue nichts, um den Aufschwung abzusichern. "Das ist Verweigerung von Wirtschaftspolitik."

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55134,00.html

UMWELT/REAKTORSICHERHEIT

Gorleben 1983: Politik ueberrollte wissenschaftliche Expertisen - Der aktuelle Arbeitsstand des Untersuchungsausschusses

Die heutige schwarz-gelbe Regierung versucht die Manipulationen und Fehler der fruheren schwarz-gelben Regierung reinzuwaschen. Das ist eine Missachtung des Untersuchungsauftrages. Doch fest steht schon jetzt: 1983 musste Gorleben einfach her, weil in diesem Teil Deutschlands eine konservative Landes- und Bundesregierung auf wenig Widerstand hoffte. Politischer Druck ueberrollte wissenschaftliche Expertisen. Die Atomindustrie brauchte und wollte einen Endlager-Standort.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,54855,00.html

ERNAEHRUNG/VERBRAUCHERSCHUTZ

Dioxin-Skandal: Bund und Laender uebernehmen 14 Forderungen der SPD - Kann "Ankuendigungsministerin" Aigner die Massnahmen durchsetzen?

Auf unseren Druck hin stand die Regierungserklaerung von Verbraucherschutzministerin Aigner auf der Tagesordnung des Bundestages. Ihr mangelhaftes Krisenmanagement und ihr Zoegern und Zaudern hat die Verbraucherinnen und Verbraucher zutiefst verunsichert. Auch, wenn die Ministerin nun gemeinsam mit den Laendern 14 Forderungen der SPD zu einem Massnahmenkatalog gebracht hat, bleiben Zweifel an der Umsetzung durch die Koalition. Ausserdem verzichtet Aigner auf den Schutz von Informanten.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55116,00.html

AUSSENPOLITIK

Afghanistan braucht mehr Erfolge beim Wiederaufbau - Korruption staerker bekaempfen

Eine Woche vor der Entscheidung ueber die Verlaengerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr im Rahmen des ISAF-Mandats debattiert der Bundestag ueber das deutsche Engagement am Hindukush. Den Beginn machte die heutige Regierungserklaerung von Entwicklungsminister Niebel.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,54913,00.html

VERTEIDIGUNG

Privatisierung von Militäraufgaben eindämmen - SPD fordert mehr Kontrolle von nichtstaatlichen militärischen Sicherheitsunternehmen
Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts erleben private Sicherheits- und Militärfirmen einen regelrechten Boom. Immer öfter fragen Staaten oder internationale Organisationen, aber auch Nichtregierungsorganisationen und Wirtschaftsunternehmen militärische Sicherheitsdienstleistungen von Privatfirmen nach. Die SPD-Fraktion fordert, diese privaten militärischen Sicherheitsunternehmen stärker zu kontrollieren.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55119.00.html

FAMILIE

Mehrgenerationenhaeuser weiter foerdern - SPD fordert neuen Schwerpunkt Praevention und Gesundheit

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, das erfolgreiche Aktionsprogramm Mehrgenerationenhaeuser zu erhalten und weiterzuentwickeln. Ueber einen entsprechenden Antrag der SPD beraet diese Woche der Deutsche Bundestag.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,53415.00.html

SOZIALES

Hartz-IV-Neuregelung: SPD verlangt Zugestaendnisse von Schwarz-Gelb - Union und FDP streiten ueber Regulierung der Leiharbeit

Wenige Tage vor der Sitzung des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat hat SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier die Bundesregierung zu Zugestaendnissen aufgefordert: "Beim Regelsatz und dem Umfang des Bildungspakets muss die Regierung sich bewegen," sagte Steinmeier der Passauer Neuen Presse. SPD-Fraktionsgeschaefsfuehrer Thomas Oppermann kritisierte die Zerstrittenheit der Koalition beim Thema Leiharbeit.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55055.00.html

INNERES

Positionspapier Integration - Gleichberechtigt miteinander leben

Alle sollen gleiche Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft haben. Das nehmen wir als gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsauftrag an. Deshalb haben wir auf unserer Klausur ein Positionspapier zur Integration beschlossen. Unsere Botschaft ist klar: Wir uebernehmen Verantwortung und packen die Integration als zentrale Herausforderung fuer die Zukunft unseres Landes an.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,53797.00.html

AKTUELL/THEMENUEBERGREIFEND

Steinmeier: "Weichen fuer Vollbeschaeftigung stellen" - Klausur der SPD-Fraktion in Magdeburg

Zum Abschluss der zweitaegigen Klausursitzung der SPD-Bundestagsfraktion hat Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier das Ziel bekraeftigt, in den naechsten Jahren Vollbeschaeftigung zu erreichen. Dafuer muessten die Weichen jetzt richtig gestellt werden, sagte Steinmeier in Magdeburg. Ein entsprechendes Arbeitsprogramm hat die SPD-Fraktion am Freitag beraten.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55033.00.html

MEDIEN

Internetsperren-Gesetz aufheben - Verfassungswidrigen Zustand beenden

Das sog. Zugangserschwerungsgesetz befindet sich noch immer in einem fragwuerdigen verfassungswidrigen Zustand, da es von der Bundesregierung fuer ein Jahr ausgesetzt wurde. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, das Gesetz ganz aufzuheben und sich auf bessere Moeglichkeiten der Bekaempfung von Kinderpornografie im Internet zu konzentrieren.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55161.00.html

INNERES

Ausweg aus der Zwangsehe - Erweitertes Rueckkehrrecht

Mit unserem am 20. Januar in 1. Lesung beratenen Gesetzentwurf fuer ein erweitertes Rueckkehrrecht im Aufenthaltsgesetz bieten wir besondere aufenthaltsrechtliche Hilfe fuer auslaendische Opfer von Zwangsheirat, die in Deutschland gelebt haben.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55040.00.html

VERKEHR

Fuer einen verlaesslichen und sicheren Schienenverkehr in Deutschland - Bund muss Konsequenzen aus dem Winterverkehrschaos ziehen

Der Bund ist verantwortlich fuer eine leistungsfaeihige Bahninfrastruktur in Deutschland. Dieser Aufgabe hat die schwarz-gelbe Bundesregierung im Interesse der Kunden Rechnung zu tragen. Der DB-Konzern muss auch bei extremen Witterungsbedingungen seine Konkurrenzfaehigkeit gegenueber anderen Verkehrstraegern unter Beweis stellen. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion ihren Antrag in den Bundestag eingebracht, der am 21. Januar 2011 im Bundestag debattiert wurde.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55050.00.html

VERTEIDIGUNG

"Oeffentlichkeit bewusst in die Irre gefuehrt" - Thomas Oppermann zu den Vorfaelen bei der Bundeswehr

Nach mehreren Zwischenfaelen bei der Bundeswehr geraet Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) unter Druck. Fuer Diskussionen sorgen unter anderem der Tod eines Soldaten in Afghanistan und Meuterei-Vorwuerfe auf dem Schulschiff "Gorch Fock". SPD-Fraktionsgeschaefsfuehrer Thomas Oppermann wirft dem Minister vor, die Oeffentlichkeit bewusst in die Irre gefuehrt zu haben.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55179.00.html

Video/Audio

Rede von Dr. Frank-Walter Steinmeier in der Debatte zur Regierungserklaerung zum Jahreswirtschaftsbericht 2011 am 20.01.2011

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier hat die Bundesregierung vor Selbstzufriedenheit angesichts guter Wachstumszahlen gewarnt. "Wir haben wirklich keinen Anlass, uns zurueckzulehnen in dieser Situation", mahnte Steinmeier in der Plenardebatte zum Jahreswirtschaftsbericht. Schwarz-Gelb tue nichts, um den Aufschwung abzusichern. "Das ist Verweigerung von Wirtschaftspolitik."

Video ansehen ...:

<http://www.youtube.com/spdfraktion>

Dioxin-Skandal: Mehr Aignerschutz als Verbraucherschutz - Pressekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion

Drei Wochen hat die Verbraucherministerin ins Land ziehen lassen und beobachtet. Erst auf Druck hat sie gehandelt. Zunaechst wollte Aigner nur eine Selbstverpflichtung der Futtermittelindustrie, dann einen fuef und schliesslich einen 10-Punkte-Plan. Gestern in der gemeinsamen Sitzung mit den Laendern wurden 14 der 15 SPD-Forderungen uebernommen. Den Informantenschutz hat Aigner aber ausgeklammert. Nun muss Aigner das Massnahmenpaket in der eigenen Koalition durchsetzen. Wenn Schwarz-Gelb an diesem Punkt nicht einlenkt, wird die SPD einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag einbringen.

Video ansehen ...:

<http://www.youtube.com/spdfraktion>

Regierung zeigt auch Anfang 2011 Handlungsunfaehigkeit - Pressestatement von Dr. Frank-Walter Steinmeier

Schon zu Beginn des neuen Jahres seien die guten Vorsaeetze der Regierung aufgebraucht. Sie sei mit sich selbst beschaeftigt, obwohl gerade jetzt eine handlungsfaeehige Regierung gebraucht werde. Denn nach wie vor haette Schwarz-Gelb keine Vorschlaege fuer die Stabilisierung Europas und seiner Waehrung gemacht. Und im Dioxin-Skandal sei das Krisenmanagement ausgeblieben.

Video ansehen ...:

<http://www.youtube.com/spdfraktion>

"Deutschland 2020" - Pressestatement von Dr. Frank-Walter Steinmeier zum Abschluss der Klausursitzung der SPD-Fraktion in Magdeburg
Audio anhoeren

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55033,00.html

Veroeffentlichungen

Broschuere: Fraktion kompakt - Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion (A5, 182 Seiten, Januar 2011)

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,13998,00.pdf

Broschuere: Themenreihe: Aktive Wirtschaftspolitik - Fuer einen stabilen Aufschwung und Vollbeschaeftigung (A5-Broschuere, 28 Seiten, Januar 2011)

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,13990,00.pdf

Faltblatt: Unsere Handschrift: Missbrauch der Leiharbeit bekaempfen - Gute Arbeit statt prekaerer Beschaeftigung (12 Seiten, Januar 2011)

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,13987,00.pdf

Diese und weitere Veroeffentlichungen koennen Sie bei uns kostenlos bestellen oder/und als PDF laden:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html

Mit freundlichen Gruessen

webteam@spdfraktion.de

www.spdfraktion.de

- Informationen ueber die SPD-Bundestagsabgeordneten:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,1910,00.html

- Der Fraktionsvorsitzende Dr. Frank-Walter Steinmeier:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3942,00.html

- Veroeffentlichungen der SPD-Bundestagsfraktion:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Bundestagsfraktion

Oeffentlichkeitsarbeit

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon (0 30) 227-5 49 07

Telefax (0 30) 227-5 68 00

E-Mail: webteam@spdfraktion.de

Internet: <http://www.spdfraktion.de>

Die SPD-Bundestagsfraktion bei facebook:

<http://www.facebook.com/spdbundestagsfraktion>

Pressemitteilung

Stuttgart, 21. Januar 2011

SPD-Landtagsfraktion lädt am Donnerstag, 3. Februar um 20.00 Uhr zum Empfang in das Graf-Zeppelin-Haus in Friedrichshafen

SPD-Landeschef Dr. Nils Schmid spricht

Unter dem Motto „Nah bei den Menschen“ ist die SPD-Landtagsfraktion am 3. Februar abends und am 4. Februar im Bodenseekreis unterwegs. „Mit unserer Veranstaltungsreihe wollen wir tatsächlich nah bei den Menschen sein. Wir wollen zuhören und uns den Problemen und Entwicklungsperspektiven vor Ort stellen“, begründet SPD-Fraktionsvorsitzender Claus Schmiedel den Ansatz der Regionalkonferenzen, die seit 2002 in ganz Baden-Württemberg stattfinden. So finden auf Anregung des örtlichen Landtagsabgeordneten Norbert Zeller MdL im Rahmen der Termine am Bodensee Gespräche bei MTU/Tognum sowie bei den Regionalwerken Bodensee statt.

Am **Donnerstag, 3. Februar** gibt die SPD-Landtagsfraktion um **20.00 Uhr** im Graf-Zeppelin-Haus in Friedrichshafen (Foyer Hugo-Eckener-Saal) einen **Empfang**, zu dem alle Bürgerinnen und Bürger sehr herzlich eingeladen sind. Die Parlamentarier der SPD, allen voran der Fraktionsvorsitzende **Claus Schmiedel**, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und SPD-Landesvorsitzende **Dr. Nils Schmid** sowie der örtliche Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Landtags-Schulausschusses **Norbert Zeller**, freuen sich auf anregende Gespräche. Der Erste Bürgermeister der Stadt Friedrichshafen, **Dr. Stefan Köhler**, spricht ein Grußwort. Mit dabei sind auch weitere Politikerinnen und Politiker aus der Region. Für Getränke und einen kleinen Imbiss ist gesorgt.

Weitere Informationen gibt es im Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten Norbert Zeller, Moltkestr. 10, 88046 Friedrichshafen, Telefon 07541 32250, Telefax 07541 75553, E-Mail norbert.zeller@spd.landtag-bw.de

Martin Mandler, Stellv. Pressesprecher

SPD-Landtagsfraktion
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Tel. 07 11/20 6347 25
Fax 07 11/20 6347 02
zentrale@spd.landtag-bw.de
www.spd.landtagbw.de

Verantwortlich:
Dr. Roland Peter
Pressesprecher
roland.peter@spd.landtagbw.de



Impressum

Herausgeber:

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

e-mail: roterseechas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

e-mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Bundes-SPD (SPD.de):

www.spd.de

SPD.de

SPD Presseservice:

pressestelle@spd.de

Büro Peter Simon, MdEP:

peter.simon@europarl.europa.eu

Evelyne Gebhardt, MdEP:

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europa Aktuell:

Dr. Roland Peter,

Pressesprecher:

roland.peter@spd.landtag-bw.de

Irene Belzig:

I.H.Belzig@t-online.de

Norbert Zeller, MdL:

norbert.zeller@spd.landtag-bw.de

Dario Sulzer:

sulzer@sp-sg.ch

SPÖ-Express:

hubert.loetsch@spoe.at

www.spoe.at

Roland Luschkowski:

RLuschkowski@t-online.de

Martin Gerster, MdB:

martin.gerster@bundestag.de

Wolfgang Heinzel:

presse@franz-lemli.de

pressemaci@aol.com

Robin Mesarosch:

mesarosch@franz-lemli.de

Otto Ziegler, Kreisvorsitzender:

oziegler@t-online.de

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Hasan Ögütçü:

hasan.oeguetcue@zf.com

SPD-Bundestagsfraktion:

webteam@spdfraktion.de

Martin Mandler,

stv. Pressesprecher:

martin.mandler@spd.landtag-bw.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder. Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen

(Karl-Heinz König)

roterseechas@kabelbw.de